industrie aktuell

1
2017

Industrieforum
In die Ferne schweifen lohnt sich

Industriepolitik
Facharbeiter dringend gesucht

Industriekonjunktur aktuell
Im Überblick und nach Branchen

WKO DIE INDUSTRIE
iwi INDUSTRIE WISSENSCHAFTLICHES INSTITUT

Bundessparte Industrie (BSI)

Die Bundessparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich vertritt mit ihren Fachverbänden die Interessen von rund 4.000 Mitgliedsunternehmen, die schwerpunktmäßig der Industrie zuzuordnen sind. In der österreichischen Industrie sind rund 400.000 Personen beschäftigt.

Die Bundessparte Industrie ist nicht nur für eine aktive Mitgestaltung der österreichischen Industriepolitik zuständig, sondern auch für die Koordination und die inhaltliche Artikulierung aller industrierelevanten Interessen vor allem in der Kollektivvertragspolitik, im Umwelt- und Energiebereich, in der Forschungs- und Technologiepolitik sowie in der Infrastrukturentwicklung.

Industriewissenschaftliche Institut (IWI)

Das Industriewissenschaftliche Institut (IWI) setzt einen markanten industrieökonomischen Forschungsschwerpunkt in Österreichs Institutslandschaft. Seit 1986 steht das Institut für die qualitativ anspruchsvolle Verschränkung zwischen Theorie und Praxis.

Das intensive Zusammenspiel unterschiedlicher Forschungsbereiche dient dazu, Produktionsstrukturen systemorientiert zu analysieren und darauf aufbauend zukunftsweisende wirtschaftspolitische Konzepte zu entwickeln. Besondere Schwerpunkte finden sich in der Analyse langfristiger makroökonomischer Entwicklungstendenzen sowie in der Untersuchung industrieller Netzwerke (Clusteranalysen).

Bundessparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich

Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien

Telefon: 05 90 900-3460

Telefax: 05 90 900-113417

Internet: http://wko.at/industrie, E-Mail: bsi@wko.at

Präsidium

Obmann Mag. Sigi Menz, Ottakringer Getränke AG

Stellvertreter KommR Veit Schmid-Schmidsfelden, Rupert Fertinger GmbH

Vizepräs. KommR DI Dr. Clemens Malina-Altzinger, Reform-Werke Bauer & Co. Ges.m.b.H.

kooptiert Günter Dörflinger, MBA Christof Industries GmbH

Dr. Paul Rübig, Rübig GmbH & Co KG

Geschäftsführer

Mag. Andreas Mörk

Industriewissenschaftliches Institut

Mittersteig 10/4, 1050 Wien

Telefon: 513 44 11-0

Telefax: 513 44 11-2099

Internet: http://www.iwi.ac.at, E-Mail: office@iwi.ac.at

Vorstand

Vorsitzender Hon.Prof. Dr. Wilfried Stadler, Wirtschaftsuniversität Wien

Stellvertreter Gen.Sekr. Mag. Anna Maria Hochhauser, Wirtschaftskammer Österreich

Gen.Sekr. Mag. Christoph Neumayer, Vereinigung der Österreichischen Industrie

Mag. Markus Beyrer, Business Europe

Dr. Wolfgang Damianisch

Mag. Christian Domany, Unternehmensberater

Dr. Erhard Fürst

DI Dr. Manfred Matzinger-Leopold, Münze Österreich AG

FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider, Industriewissenschaftliches Institut

Kuratorium

Vorsitzender KommR Veit Schmid-Schmidsfelden Rupert Fertinger GmbH

Stellvertreter Prof. Herbert Krejci Österreichische Gesellschaft für Europapolitik

Dir. Mag. Dr. Johannes Turner Oesterreichische Nationalbank

Geschäftsführer

FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider

Wissenschaftlicher Leiter

Univ. Prof. DI Dr. Mikuláš Luptáčik

editorial

Mag. Sigi Menz 4
Reform-Wende nach der Wahl ist nötig

forum

In die Ferne schweifen lohnt sich 6
Autorin: Herta Scheidinger

Pro/Contra 12
Mag. Michael Friedl
AußenwirtschaftsCenter New York
Mag. Friedrich Steinecker, österreichischer Wirtschaftsdelegierter in Mexiko

Interview: Digitalisierung ist eine der größten Chancen 14
Dipl. Ing. Dr. Sabine Herlitschka, CEO Infineon Technologies Austria AG

politik

Studie: Kreativwirtschaft in Österreich 18
Autor: Dr. Wolfgang Koller

Verbot der dritten Piste des Flughafen Wien – Ein Urteil mit Folgen 20
Autor: Ing. Mag. Peter Koren

Facharbeiter dringend gesucht 22
Autorin: Helene Tuma

Flexible Arbeit ist sichere Arbeit 23
Autor: Thomas Salzer

Ideen braucht das Unternehmen 23
AutorInnen: Dr. Dominik E. Froehlich
Veronika Adelhofer, BA

konjunktur

Kommentar zur internationalen Konjunkturentwicklung 29
FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider

Industriekonjunktur: Optimistischer Blick ins Jahr 2017 32
Mag. Andreas Mörk

konjunktur nach branchen

Branchenübersicht 34
Gesamtindustrie 35
Bergwerke und Stahl 35
Stein- und keramische Industrie 36
Glasindustrie 36
Chemische Industrie 37
Papierindustrie 37
PROPAK – Industrielle Hersteller von Produkten aus Papier und Karton 38
Bauindustrie 38
Holzindustrie 39
Lebensmittelindustrie 39
Textil-, Bekleidungs-, Schuh und Lederindustrie 40
NE-Metallindustrie 40
Metalltechnische Industrie 41
Fahrzeugindustrie 41
Elektro- und Elektronikindustrie 42
Offenlegung, Impressum 42

Mag. Andreas Mörk
Herausgeber und GF der BSI in der WKO

FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider
Herausgeber und GF IWI

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie Sie sehen, erscheint das Magazin „Industrie Aktuell" in einem völlig neuen Layout. Gemeinsam mit der Agentur Feuereifer Media Relations GmbH haben wir in den letzten Monaten sehr intensiv an einem neuen Erscheinungsbild von „Industrie Aktuell" gearbeitet. Herausgekommen ist ein Produkt, das ein völlig neues Gesicht hat, ohne dabei seine Kernstärken zu verlieren. Noch immer bietet das Heft Top-Infos aus der Industrie und auch jetzt sparen wir nicht mit Zahlen, Daten und Fakten aus erster Hand. Das Ziel war, ein Fachmagazin zu entwickeln, das moderner, farbiger und leserfreundlicher ist. Wir hoffen, dass dies gelungen ist und wünschen Ihnen viel Vergnügen beim Lesen. Selbstverständlich freuen wir uns auch auf Ihr Feedback!

Eine Reform-Wende nach der Wahl ist nötig

Die Wirtschaft steht an einem Wendepunkt und es geht wieder aufwärts. Doch der Standort Österreich droht aufgrund der starren Arbeitszeitregelungen und auch wegen der zu hohen Lohnnebenkosten den Anschluss an die Top-Staaten zu verlieren.

Autor: Mag. Sigi Menz

Die Talsohle für die heimische Wirtschaft war tiefer als erwartet. Doch nach Jahren in der Krise zeichnet sich 2017 endlich die Trendwende ab. Laut Prognose der EU-Kommission vom Mai 2017 steigt das BIP in der Eurozone um 1,7 Prozent. Österreich liegt mit 1,7 Prozent erwartetem Wachstum also genau im Trend. Auch die Arbeitslosigkeit soll nach einer langen Phase des Anstiegs wieder zurückgehen. Das Wirtschaftsforschungsinstitut Wifo erwartet sogar ein Steigen der Wirtschaftsleistung um zwei Prozent für dieses Jahr. Denn der Aufschwung in Österreich ist nicht nur von Konsum und Investitionen getragen, sondern vor allem auch von der Exportwirtschaft. Die verstärkte konjunkturelle Dynamik im ersten Quartal 2017 ging laut Wifo von der exportgetragenen Sachgütererzeugung aus. Diese expandierte mit 2,2 Prozent dynamisch und sorgte damit für rund die Hälfte des aktuellen BIP-Wachstums. Starke Impulse lieferte auch die Bauwirtschaft, deren Wertschöpfung mit 0,7 Prozent stärker zulegte als zuletzt. Neben der starken Bau- und Industriekonjunktur unterstützen auch Marktdienstleistungen das Wirtschaftswachstum.

Mag.Sigi Menz, Obmann der Sparte Industrie und Vorstand der Ottakringer Getränke AG

Standort verliert an Wettbewerbsfähigkeit

Es geht also wieder bergauf in der Wirtschaft, dennoch droht Österreich den Anschluss zu verlieren, da unser Standort seit Jahren an Wettbewerbsfähigkeit einbüßt. Was schon andere Rankings zeigten, bestätigte jüngst auch das aktuelle World Competitiveness Ranking des International Institute for Management Development (IMD) der privaten Schweizer Wirtschaftshochschule Lausanne. Bei der Gesamtplatzierung liegt Österreich nur auf dem 25. Platz von 63 untersuchten Ländern und hat damit gegenüber dem Vorjahr wieder einen Platz verloren. Vor Schlimmerem bewahrt haben uns bei diesem Ranking Softskills wie eine hohe Lebensqualität, eine gute medizinische Versorgung und eine gute Ausbildung für Mitarbeiter. Aber das mittelfristige Ziel der Standortpolitik war es, unter die Top-Ten der Welt zu kommen und doch rutschen wir weiter ab. Sehr bedenklich ist besonders der Rückschlag, den Österreich beim Vergleich seiner wirtschaftlichen Performance hinnehmen muss: Nach Rang 19 im Vorjahr ist das Land nun nur noch

auf Platz 40 gereiht. Maßgeblich für den Rückfall ist die schlechte Bewertung bei den internationalen Investitionen: Hier ist Österreich das absolute Schlusslicht und wurde auf Platz 63 gereiht. Fast ebenso schlecht wurde der direkte Investmentfluss gemessen am Bruttoinlandsprodukt bewertet. Dieser hat sich gegenüber dem Vorjahr um 7,17 Prozent reduziert und Österreich den 62. Platz eingebracht. Ein entscheidender Faktor für die schlechte Bewertung ist zudem die Steuerpolitik. Nach Platz 60 im Vorjahr ist Österreich 2017 auf Platz 61 von 63 gelandet. Die Steuerreform des Jahres 2016 hat also die Schweizer IMD-Experten wenig beeindruckt. Doch was sollte Österreich tun, um wieder besser zu werden? Laut IMD sollten die Steuerlast für Unternehmen, die Sozialabgaben und die Einkommensteuer gesenkt und die Investitionen in Telekommunikation angekurbelt werden.

Politik muss umdenken

Viele nötige Reformen hat es in den letzten Jahren der Wirtschaftspolitik nicht gegeben und nun bekommen wir die Rechnung präsentiert. Dabei brauchen wir dringend Entscheidungen bei Themen wie etwa der Flexibilisierung der Arbeitszeit. Österreich hat im europäischen Vergleich ein längst nicht mehr zeitgemäßes und restriktives Arbeitszeitrecht. Wir sind sozusagen im vergangenen Jahrhundert stecken geblieben und das hemmt die Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe. Zur Schaffung von Investitions- und Wachstumsimpulsen in Österreich sind praktikable Höchstarbeitszeitgrenzen daher unumgänglich. Das Problem ist, dass man nicht sachorientiert, sondern noch immer ideologisch diskutiert. Es geht nicht um generelle Arbeitszeitverlängerungen, es geht weder um Lohnraub, noch Überstundenklau, sondern darum, erforderliche Tätigkeiten auch zeitgerecht durchführen zu können.

Lohnnebenkosten machen Arbeit teuer

Auch die gegenwärtige Struktur des österreichischen Steuer- und Abgabensystems belastet den Faktor Arbeit überdurchschnittlich hoch. Das wirkt wachstumshemmend und setzt falsche Anreize für die aktive Teilnahme am Wertschöpfungsprozess. Österreich liegt bei der Steuer- und Abgabenlast auf Arbeitseinkommen weiter im Spitzenfeld der Länder der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Für einen alleinstehenden Durchschnittsverdiener lag die Steuer- und Abgabenlast laut aktueller OECD-Studie im Jahr 2016 bei 47,1 Prozent. Das ist der sechsthöchste Wert der 35 OECD-Länder. Im OECD-

„Es geht wieder bergauf in der Wirtschaft, doch Österreich droht den Anschluss zu verlieren, da unser Standort seit Jahren an Wettbewerbsfähigkeit einbüßt."

Durchschnitt liegt der Wert bei 36 Prozent. Das bedeutet, dass in Österreich fast die Hälfte der Kosten, die im Unternehmen für die Beschäftigung eines durchschnittlichen Arbeitnehmers bzw. einer durchschnittlichen Arbeitnehmerin anfallen, an Fiskus und Sozialversicherung gehen. Nur 52,9 Prozent der Lohnkosten kommen direkt bei den Arbeitnehmern an.

Wendepunkt 15. Oktober

Nach Jahren der Stagnation und unzähligen Neustarts der Regierung muss die Wahl am 15. Oktober einen Wendepunkt markieren. Es braucht wieder Politiker an der Spitze unseres Staates, die den Mut haben, lange anstehende Reformen in den Bereichen Wirtschaft, Gesundheit und Bildung endlich umzusetzen. Natürlich sind Veränderungen immer auch mit schmerzhaften Begleiterscheinungen verbunden, aber scheuen wir in Österreich deshalb weiter vor notwendigen Entscheudungen zurück, werden wir die Probleme in den Bereichen Arbeit, Bildung und Bürokratie nicht in den Griff bekommen. Wir berauben uns und nachfolgenden Generationen einer erfolgreichen Zukunft.

In die Ferne schweifen lohnt sich

Ein Blick auf die Exportquoten der heimischen Betriebe macht es klar: Die heimische Wirtschaft lebt vom Export und ist gut aufgestellt, um die Herausforderungen zu meistern.

Die Andritz AG gehört zu den Global Playern mit einem Exportanteil von 98 Prozent

Österreich hat sich mit seinem weit verzweigten und hoch differenzierten Außenhandel längst als Exportland etabliert. Die heimischen Exportfirmen vertreiben ihre Fertig- und Zulieferprodukte in rund 220 Ländern. Die Exportquote beträgt knapp 53 Prozent des BIP –Aufschwung, Wachstum und Arbeitsplätze hängen von einer prosperierenden Exportwirtschaft ab. Schließlich schaffen bzw. sichern eine Milliarde Euro an Exporten über 6.000 Jobs und jeder zweite Job ist direkt oder indirekt vom Export abhängig. Steigt die Exportquote um ein Prozent, bedeutet das 10.000 neue Arbeitsplätze.

Unter der Lupe

Die größten Exportdestinationen sind seit Jahren gleich: In Sachen Export ist Deutschland klar die Nummer eins, gefolgt von den USA, Italien, der Schweiz, Frankreich und Tschechien. Gut 85 Pro-

zent der österreichischen Exporte gehen in Europäische Länder. „Deutschland als die „Konjunkturlokomotive Europas" ist sicherlich unser wichtigster Partner im Auslandsgeschäft und trägt zur Stabilität bei. Von der Entwicklung her ist das logisch – für einen österreichischen Exporteur sind naturgemäß die Nachbarmärkte ein idealer erster Schritt in das Auslandsgeschäft. Die heimischen Firmen wissen aber auch, dass man besser aufgestellt ist, wenn man sprichwörtlich nicht alle Eier in einen Korb legt, sondern auf mehreren Märkten aktiv ist", so Walter Koren, Leiter der AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA.

Die große Bedeutung der Exporte von Investitionsgütern ist für Österreich charakteristisch. Neben der Maschinenbauindustrie haben der Fahrzeugbau inklusive Kfz-Motoren und Kfz-Teilen das höchste Exportvolumen im österreichischen Außenhandel. Weitere wichtige Warengruppen sind chemische Erzeugnisse, Getränke (alkoholfreie Getränke wie Mineralwasser und Energy Drinks) sowie Holzwaren (bearbeitetes Holz und Spanplatten).

Zu den Hoffnungsbranchen für die heimischen Unternehmen zählen vor allem Energie, Umwelttechnologie, Bau und Infrastruktur, Nahrungsmittel, Technologie, Kreativwirtschaft, Bildung sowie der Dienstleistungsbereich. 13,7 Prozent der österreichischen Warenexporte können als „hochtechnologisch" eingestuft werden. Österreich liegt mit seiner Technologieexportquote im guten europäischen Mittelfeld. Ein weiteres Feld mit Potenzial ist der Export von Dienstleistungen, Österreich hat im Jahr 2016 rund 55 Milliarden Euro an Dienstleistungen exportiert. Und nicht zu vergessen ist hier, dass jeder Euro an Dienstleistungsexporten sechs Euro Warenexporte nach sich zieht. Berechnungen des Industriewissenschaftlichen Instituts zeigen, dass jede zusätzliche Million Euro an exportierten Dienstleistungen eine Wertschöpfung von 0,8 Millionen Euro im Inland bringt und 17 Arbeitsplätze schafft.

Doch egal in welcher Branche oder Warengruppe: wer international mitmischen will, der muss sich einigen Herausforderungen stellen. Matthias Unger, Managing Director der Unger Steel Group dazu: „Die Herausforderungen steigen international stetig an. „Full Service" und eine „Alles aus einer Hand"-Philosophie sind weltweit gefordert und für uns bereits seit mehreren Jahren selbstverständlich. Die Herausforderungen im internationalen Geschäft sind vor allem die kürzeren Zeitspannen bei gleichzeitig immer komplexeren Rahmenbedingungen und Anforderungen. Diese steigenden Anforderungen verlangen nach maßgeschneiderten, individuellen Lösungen. Die immer größer werdende Komplexität und die hohe Individualität der einzelnen Anforderungen, Projekte und Kunden erlangen eine rasche Problemlösungskompetenz. Immer mehr Marktteilnehmer aus allen Ländern und Bereichen verlangen enorme Flexibilität von der Akquise bis zur Instandhaltung. Auch strengere Compliance-Regeln werden eingeführt."

2017 geht's bergauf

Die Exportzahlen für 2016 zeigen, dass Österreich im Vorjahr um 0,2 Prozent weniger Waren ins Ausland geliefert hat als noch 2015. Laut den

„Unsere Exportwirtschaft wird sich nicht nur geografisch breiter aufstellen, wir werden auch die Entwicklung ganzer neuer Industrien erleben"

Zahlen der Statistik Austria sind die Exporte auf 131,2 Mrd. Euro zurückgegangen. Und wer die Ursache dafür in politischen Problemländern wie der Türkei (-5,7 Prozent) und Russland (-4,8 Prozent) sucht, der hat nur teilweise Recht. Denn die Exporte gingen auch in Märkten mit guter Konjunktur zurück, wie Frankreich (-9,2 Prozent), Po-

ENGEL Austria eröffnete 2016 eine Niederlassung in Vietnam

len (-5,5 Prozent) oder Belgien (-4,3 Prozent). Ein Plus von 1,5 Prozent gab es jedoch in Richtung Deutschland, wohin rund 30 Prozent der heimischen Exporte gehen.

In den ersten zwei Monaten des heurigen Jahres zeigt die Handelsbilanz allerdings ein sehr erfreuliches Bild. Der Gesamtwert der Ausfuhren von Waren erhöhte sich, laut vorläufiger Ergebnisse von Statistik Austria, um 9,9 Prozent auf 22,49 Milliarden Euro. Das Defizit der Handelsbilanz belief sich auf 1,02 Milliarden Euro nach 1,52 Milliarden Euro in der Vorjahresperiode. Arbeitstägig bereinigt stiegen die Ausfuhren um 8,0 Prozent. Der Wert der in Mitgliedstaaten der Europäischen Union versandten Waren zeigte in den ersten beiden Monaten 2017 einen markanten Anstieg von + 11,8 Prozent zur Vorjahresperiode und betrug 16,18 Milliarden Euro.

Der Außenhandel mit Drittstaaten wies im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum sowohl einen Anstieg bei den Importen (+ 14,4 Prozent auf 8,12 Milliarden Euro) als auch bei den Exporten (+ 5,3 Prozent auf 6,31 Milliarden Euro) auf. Die Vereinigten Staaten, die Schweiz und China waren die drei bedeutendsten Exportpartner außerhalb der Europäischen Union. Ein gutes Beispiel für einen Global Player ist Andritz mit einer beachtlichen Exportquote von 98 Prozent. „Wir haben Kunden auf der ganzen Welt. Als einziges Land betrachtet waren die USA mit einem Anteil am Gesamtumsatz von rund 15 Prozent das wichtigste Land. Europa macht im Schnitt zwischen 35 und 40 Prozent vom Gesamtumsatz aus, wobei hier in der Regel Deutschland das wichtigste Exportland ist", so Wolfgang Leitner, Vorstandsvorsitzender der Andritz AG.

Schreckgespenst Politik

Donald Trump in den USA, dazu die Sanktionen gegen Russland und der Brexit. In Frankreich konnte eine europafeindliche Regierung von den Wählern gerade noch verhindert werden. Wie kann sich Österreichs Außenhandel auf dieses fordernde politische Umfeld einstellen? Denn gerade die Handelsbeziehungen zu den USA sind für Österreich bedeutend, hängen doch, einer Schätzung des Wirtschaftsforschungsinstituts (Wifo) zufolge, eine Bruttowertschöpfung von rund 4,5 Milliarden Euro und rund 60.000 Jobs an den direkten Exporten in die USA. Rechnet man die indirekten Exporte via Deutschland in die USA dazu, so sind es sogar 80.000 Arbeitsplätze. Aber ist eine gewisse Besorgnis darüber, wie sich der Außenhandel durch die Präsidentschaft von Donald Trump und eines möglichen US-Protektionismus weiterentwickelt, berechtigt? Dazu Walter Koren: „Österreichische Unternehmen haben knapp zehn Milliarden Euro in den USA investiert, von den rund 650 Niederlassungen sind rund ein Drittel auch in der Produktion aktiv. Österreichs Wirtschaft hat also substanzielles Interesse an einem funktionierenden Außenhandel mit den Vereinigten Staaten. Kurzfristig sind voraussichtlich keine größeren Änderungen in den Handelsbeziehungen zu erwarten, mittel- bis langfristig ist jedoch schwer

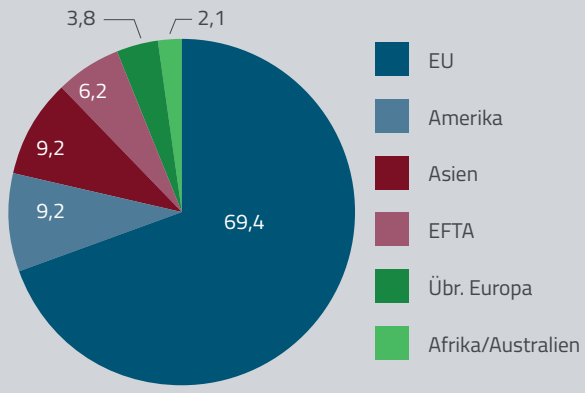
einzuschätzen inwieweit sich protektionistische Tendenzen manifestieren könnten. Es ist momentan kein Investitionsstopp der heimischen Firmen festzustellen, gleichwohl werden die Aktivitäten der US-Administration genauestens verfolgt. Die Hoffnungen der Wirtschaft liegen auf dem erwarteten Infrastrukturprogramm, der geplanten Steuerreform sowie dem angekündigten Bürokratieabbau."

Die heimischen Unternehmen beobachten die Entwicklung in den Märkten genau und haben sich dementsprechend aufgestellt. Thomas Uhr, General Manager BRP-Rotax GmbH & Co KG und Vice-President Powertrain BRP: „Als Weltmarktführer haben wir den Vorteil über verschiedene Standorte rund um den Globus zu verfügen. Dadurch sind wir weniger anfällig für Entwicklungen in einzelnen Ländern. Wir konzentrieren uns auf die Weiterentwicklung unserer Produkte und können uns durch unsere vernetzte Produktion rasch auf verändernde Bedingungen einstellen. Strafzölle und protektionistische Tendenzen sind immer schädlich für die wirtschaftliche Gesamtentwicklung. Wir hoffen aber darauf, dass sich die vernünftigen Positionen durchsetzen werden." Die Exportquote der BRP-Rotax GmbH & Co KG beträgt beachtliche 99,7 Prozent. Als wichtigste Handelspartner nennt das Unternehmen: die USA, Kanada, Skandinavien und Mexiko. „Der US-amerikanische Markt ist für uns sehr wichtig. Wir profitieren im Moment sehr von der positiven wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre und vertrauen darauf, dass dieser für uns wichtige Markt sich weiter positiv entwickelt. Eine Verschärfung der Wettbewerbssituation durch Zölle oder Ähnlichem würde aber nicht nur uns, sondern auch im gleichen Maße unsere Mitbewerber treffen. Derzeit profitieren wir als Hersteller von Premium Powersportantrieben vom Aufschwung auf dem US-amerikanischen Markt. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass sich die internationalen Handelsbeziehungen langfristig positiv entwickeln werden."

Der Brexit löste eine Schockwelle in Europa aus und ist auch im Stimmungsbild der österreichischen Firmenvertreter im Vereinigten Königreich

Österreichs Exporte im Gesamtjahr 2016

Anteil nach Wirtschaftsblöcken in Prozent



Quelle: Statistik Austria

zu spüren: In einer Umfrage im Oktober 2016 erwarteten satte 53 Prozent der heimischen Niederlassungsvertreter eine sich eintrübende Wirtschaftslage in Zukunft, nur sieben Prozent sahen optimistisch in die kommenden 12 Monate. Beim Investitionsvolumen steht man auf der Bremse, teilweise erwartet man auch einen Rückgang. Fast 78 Prozent der Befragten erwarten langfristig negative Auswirkungen auf die Wirtschaft und das eigene Unternehmen in Großbritannien durch den Brexit.

Das Motto der heimischen Unternehmen lautet: Nur nicht verunsichern lassen. Dazu Matthias Un-

Exporte aus Österreich nach Warengruppen 2016

	Exporte in Milliarden Euro	Anteil am Gesamtexport in %
Maschinen u. Fahrzeuge	52,5	40
Bearbeitete Waren	28,2	21,5
Chemische Erzeugnisse a. n. g.	17,8	13,6
Ernährung	7,6	5,8
Rohstoffe	4,1	3,1
Brennstoffe, Energie	2,2	1,7
Getränke u. Tabak	2,1	1,6
Tierische u. pflanzliche Öle, Fette	0,2	0,2
Sonstige Fertigwaen	15,4	11,7
Waren a. n. g.	1,1	0,9

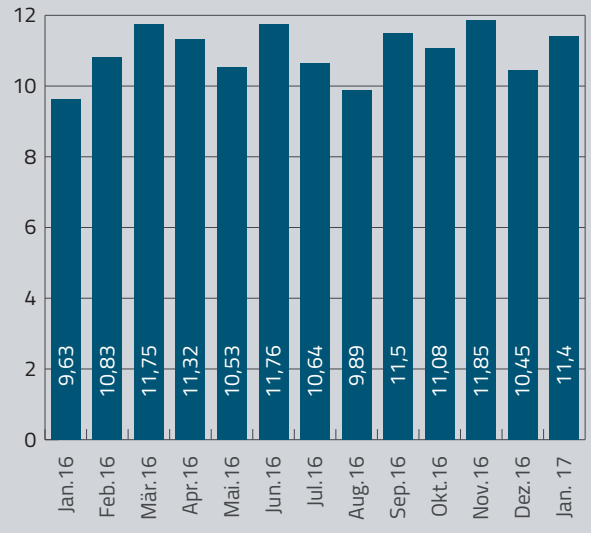
Quelle: Statistik Austria

Das Netzwerk der Unger Steel Group erstreckt sich auf über 40 Länder weltweit

ger: „Da wir seit über 60 Jahren Erfahrung in unserer Branche haben, konnten wir in der Vergangenheit bereits beobachten, dass Märkte Schwankungen unterliegen, die man als Unternehmer gekonnt abfedern muss. Mit unseren über 20 Niederlassungen sind wir sehr flexibel und konnten bis heute Märkte mit schwacher Konjunktur gut durch starke Märkte ausgleichen. So haben wir zum Beispiel in Russland die Rubel-Krise überstanden und sind auch jetzt im Land tätig. Als Unternehmer muss man bestmögliche Lösungen suchen und das ist uns bis heute bestens gelungen."

Exporte aus Österreich 01-2016 bis 01-2017

in Milliarden Euro



Quelle: Statistik Austria

Direktinvestitionen heimischer Unternehmen

Österreichische Investoren bauen ihre Positionen im Ausland aus. Von 2006 bis 2015 haben sich die österreichischen aktiven Direktinvestitionen im Ausland von 80 auf 187 Milliarden Euro mehr als verdoppelt. Die beliebtesten Investitionsländer für österreichische Firmen sind Deutschland mit 24 Milliarden Euro, die USA mit 9,9 Milliarden Euro, die Niederlande (17,6 Mrd. Euro) und die Tschechische Republik (12,7 Mrd. Euro). Die Investitionen in Mittel- und Osteuropa beliefen sich auf insgesamt 60,8 Milliarden Euro. Die Region Mittel-, Ost- und Südosteuropas ist weiterhin ein wichtigstes Zielland für den österreichischen Export, die Zuwachsraten liegen hier oft über jenen für andere europäische Märkte. Insgesamt bleibt Österreich laut OeNB weiterhin Top-Investor in Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina und Serbien. In Rumänien, Bulgarien, der Slowakei, Mazedonien und der Tschechischen Republik belegt Österreich sogar Platz zwei unter den Investoren.

In einer Online-Umfrage im Oktober 2016 unter den österreichischen Niederlassungen in 24 Ländern, durchgeführt von den AußenwirtschaftsCentern der AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA der WKO, zeigten sich die Teilnehmer vorsichtig optimistisch. Tendenziell wird in den Auslandstöchtern der österreichischen Unternehmen eine gleichbleibende bis leicht positivere Wirtschaftsentwicklung erwartet. Auch bei Gesamtumsatz und Auftragslage wird mehrheitlich eine Steigerung erwartet.

Eine Sichtweise, die man auch bei Andritz teilt. „Wir sind weltweit in den meisten unserer Absatzmärkte auch mit zahlreichen Produktions-und Servicestandorten vertreten und beschäftigen in diesen Ländern sehr viele Menschen. Wir schaffen sehr viel an lokaler Wertschöpfung und haben auch sehr viele lokale Zulieferer. In den meisten Ländern werden wir als lokale Unternehmen wahrgenommen. In den USA beschäftigen wir insgesamt über

Die BRP-Rotax GmbH & Co KG nennt als wichtigste Märkte die USA, Kanada, Skandinavien und Mexiko

1.700 Mitarbeiter an rund 20 Standorten. In Bezug auf den Protektionismus kann man derzeit noch keine Aussage treffen. Wir sehen aber durch unsere starke lokale Präsenz in den USA derzeit keine Gefahr für unsere Geschäftsentwicklung dort", so Leitner über die Situation der Andritz AG.

Neue Märkte erobern

Österreichs Außenhandel ist sehr auf den Euroraum und einige wenige Drittstaaten fokussiert. Dadurch besteht die Gefahr den wirtschaftlichen Anschluss in den Wachstumsmärkten Asiens und Afrikas zu verpassen. So rangiert China nur auf Platz 10 der wichtigsten Exportländer. Für heimische Unternehmen, wie den Spritzgießmaschinen-Hersteller ENGEL Austria, ist der Weg in neue Märkte essentiell. „Neue Märkte und neue Chancen aufzuspüren, zu evaluieren und für sich zu erarbeiten, ist sehr wichtig. Es gibt immer Verschiebungen zwischen Branchen und Regionen und nur, wenn wir flexibel reagieren, können wir erfolgreich bleiben, selbst wenn sich bestimmte Märkte nicht so entwickeln, wie wir es erwartet haben. Lassen Sie mich zwei unterschiedliche Beispiele für die Expansion in neue Märkte nennen: Wir haben im September letzten Jahres eine Niederlassung in Vietnam gegründet, weil sich der Markt dort sehr dynamisch entwickelt und wir einen steigenden Bedarf an Systemlösungen für anspruchsvolle Spritzgießanwendungen sehen. Das zweite Beispiel ist die Expansion in ein neues Anwendungsfeld, den Composite-Leichtbau. Leichtbau ist eine wichtige Voraussetzung für eine nachhaltige Mobilität, doch die durch hohe Stückzahlen geprägte Automobilfertigung erfordert andere Verfahren als der Flugzeugbau. ENGEL hat sich schon sehr früh mit den Anforderungen des automobilen Leichtbaus befasst und ein eigenes Technologiezentrum für Leichtbau-Composites gegründet. Mit dem dort erarbeiteten Know-how auf dem Gebiet der Verbundtechnologie gehört ENGEL heute zu den bevorzugten Partnern der großen Automobilhersteller", so Christoph Steger, Geschäftsführer Vertrieb und Marketing der ENGEL Gruppe. Als Erfolgsgeheimnis nennt er Kundennähe, und das weltweit: „Wir sprechen die Sprache unserer Kunden und deren Branche. Die Experten in unseren fünf branchenorientierten Business Units verstehen die individuellen Anforderungen und können diese in maßgeschneiderte Lösungen umsetzen. Mit neun Produktionswerken, 30 Vertriebs- und Serviceniederlassungen und 60 Vertretungen sind wir überall auf der Welt nah bei unseren Kunden. ENGEL ist der einzige westliche Spritzgießmaschinenbauer der in Asien in mehreren Werken Maschinen für die regionalen Märkte produziert und damit seinen Kunden kurze Lieferzeiten und die flexible Anpassung der Produkte und Lösungen an die spezifischen Anforderungen vor Ort garantieren kann."

Autorin: Herta Scheidinger

Exporte aus Österreich in die zehn wichtigsten Zielländer 2016

	Exporte in Milliarden Euro	Anteil am Gesamtexport in %
Deutschland	40,05	30,5
USA	8,73	6,7
Italien	8,38	6,4
Schweiz	7,17	5,5
Frankreich	5,33	4,1
Tschechien	4,79	3,7
Ungarn	4,37	3,3
Großbritannien	4,10	3,1
Polen	3,93	3
China	3,31	2,5

Quelle: Statistik Austria

USA: Vorsichtig optimistische Wirtschaftsaussichten

Die USA sind seit 2015 das zweitgrößte Exportland für heimische Unternehmen. Doch die neue politische Lage birgt für Exportunternehmen einige Unsicherheiten. Noch ist nicht abzusehen, wie protektionistisch die US-Wirtschaftspolitik ausgerichtet wird.

Mag. Michael Friedl AußenwirtschaftsCenter New York

Die Vereinigten Staaten sind der zweitgrößte Warenabnehmer Österreichs. Insgesamt werden 6,65 Prozent aller Waren in die USA exportiert. Österreichs Ausfuhren in die USA fielen im Jahr 2016 zwar leicht um -3,9 Prozent auf 8,73 Milliarden Euro, stellen jedoch angesichts des Rekordjahres 2015 und damaligem Wachstum von 16,7 Prozent trotzdem ein sehr gutes Ergebnis dar. 2015 machten alleine die USA mehr als ein Drittel aller österreichischen Exportzuwächse aus und katapultieren den größten Markt der Welt damit zur eindeutigen Nummer zwei für die österreichische Exportwirtschaft, was sich auch 2016 bestätigte. Mit diesem Ergebnis sind die Vereinigten Staaten mit großem Abstand zu China das wichtigste Zielgebiet in Übersee, sowie nach Deutschland die Nummer zwei in der Weltrangliste der wichtigsten österreichischen Exportmärkte. Österreichische Firmen sind in den USA besonders im Maschinen- und Anlagensektor gut positioniert und profitieren damit von der zunehmenden Mechanisierung im Industriebereich. Wie in den vergangenen Jahren entfielen auch im Jahr 2016 etwa die Hälfte der österreichischen Gesamtexporte auf Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge (4,59 Mrd. Euro -11,1 %).

America First

Mit einem Bruttoinlandsprodukt von etwa 18,6 Billionen US-Dollar und einem Anteil von fast einem Viertel (2015: 24,3 %) am weltweiten BIP sind die USA laut Weltbank nach wie vor weit vor China die mit Abstand größte und wichtigste Volkswirtschaft der Welt. Für viele Politikanalysten, Meinungsforscher und Experten entschied Donald Trump im November 2016 die US-Präsidentschaftswahlen für sich. Mit dem – während des Wahlkampfes proklamierten – nationalistischen Wirtschaftsprogramm „America First" versprach der Präsident den Fokus wieder zentral auf die eigenen Interessen der USA und ihrer Einwohner zu legen. Angekündigt wurden daneben auch eine umfassende Steuerreform, eine „Repeal and replace" Verordnung zu „Obamacare", ein Ein-Billionen-US-Dollar Infrastruktur-Investitionspaket, Senkung der regulatorischen Anforderungen von Banken und Unternehmen und Deregulierungen im Energiebereich. Was nun tatsächlich umgesetzt wird, bleibt vorerst abzuwarten.

Noch keine klare Richtung absehbar

Trotz fundamental-makroökonomisch solider Indikatoren, haben die USA nach wie vor mit massiven Problemen zu kämpfen: Staatsverschuldung, Haushaltsdefizite, soziale Ungleichheiten, anstehende Reformen des Gesundheits- und Steuersystems und notwendige Megainvestitionen im Bereich Bildung und Infrastruktur werden das Land noch viele Jahre beschäftigen. Es ist derzeit jedoch nicht klar, in welcher Form zahlreiche der dringend notwendigen und oft überfälligen Investitionen erfolgen werden und wo sich die Vereinigten Staaten unter Präsident Trump politisch und wirtschaftspolitisch mittelfristig positionieren werden. Ungewiss ist auch noch, ob Präsident Trump zahlreiche seiner angekündigten wirtschaftspolitisch protektionistischen Maßnahmen umsetzen wird. Die neue politische Lage in den USA stellt aber in jedem Fall eine erhöhte Unberechenbarkeit und Unsicherheit dar, welche sich mittelfristig auch auf die wirtschaftliche Entwicklung, sowie teilweise auch ausländische Export- und Investitionstätigkeit auswirken könnte.

Mexiko: Spannender Markt am Scheideweg

Die österreichischen Lieferungen nach Mexiko sind im Vorjahr um 23 Prozent auf den neuen Rekordwert von 941 Millionen Euro gestiegen. Heuer 1 Milliarde Euro Exportvolumen im Visier.

Mag. Friedrich Steinecker, österreichische Wirtschaftsdelegierter in Mexiko

Präsident Trump stellt Mexiko eine zweifache Rute ins Fenster: einerseits Mauerbau und Immigration und andererseits Strafzölle oder -steuern. Die mexikanische Seite lehnt die Finanzierung der Mauer strikt ab. Schon seit Jahren kommen mehr Mexikaner zurück als auswandern. Für Migranten aus Drittstaaten wird Mexiko wohl seinerseits strengere Kontrollen einführen müssen. Aufgrund der engen wirtschaftlichen Verflechtung stellt sich das Thema NAFTA, Zölle und Steuern als größere Herausforderung für Mexiko dar. Die Regierung hat bisher besonnen reagiert und zeigt sich für Verhandlungen jederzeit bereit, sofern es um eine Modernisierung und Verbesserung des NAFTA-Abkommens zum Vorteil aller Seiten geht. Allein US-Firmen sind mit über 200 Milliarden US-Dollar in Mexiko investiert, aus Europa fließen 150 Milliarden US-Dollar nach Mexiko und davon rund 500 Millionen US-Dollar aus Österreich. Die enge Verflechtung der Volkswirtschaften im Sinne fester Wertschöpfungsketten, die sich in den 23 Jahren NAFTA gebildet haben, lässt kaum glauben, dass das Abkommen ersatzlos ausläuft. Mexiko ist hinter Kanada das zweitwichtigste Abnehmerland und hinter China und Kanada das drittwichtigste Lieferland der USA. Die einseitige Aufkündigung der Freihandelszone würde beiden Ländern enorm schaden. Letztlich würden genau jene Amerikaner, denen Präsident Trump Arbeit verspricht, in Form höherer Preise den Zoll, die Steuer und die Mauer selbst bezahlen.

NAFTA: Noch besteht Hoffnung

Die aktuellen Aussagen der Handelsminister auf beiden Seiten gehen dahin, dass NAFTA nicht gekündigt wird, sondern man will neu verhandeln. Ab Ende August sei mit einer Verhandlungsdauer von bis zu einem Jahr zu rechnen. Das hieße, dass bis weit hinein ins Jahr 2018 vorläufig alles beim Alten bleibt. Experten sehen im aktuell moderaten Umgangston bereits einen Einfluss der US-Industrie auf die neue Administration. Irgendwann 2018 wird es ein Ergebnis „NAFTA neu" geben. Bis aber eine endgültige Entscheidung fällt, droht Mexiko jedoch ein verlorenes Jahr. Vor Abschluss der Verhandlungen kann man keinesfalls sagen, wie stark NAFTA umgebaut wird und ob beziehungsweise welche Nachteile das Land effektiv treffen werden. Doch bis dahin besteht kein Grund zur Panik.

Spannender Markt für österreichische Unternehmen

Die österreichischen Lieferungen nach Mexiko sind im Vorjahr um nicht weniger als 23 Prozent auf den neuen Rekordwert von 941 Millionen Euro gestiegen. Das war ein Nettozuwachs von 175 Millionen Euro in nur einem Jahr. Das konnte nur von den Exportnationen Deutschland und Australien übertroffen werden. Mexiko war zudem hinter Australien der am stärksten wachsende österreichische Übersee-Exportmarkt überhaupt. Nachdem wichtige große Investitionen im Vorjahr abgeschlossen wurden und der Boom in der ausländischen Lohnfertigungsindustrie heuer etwas abflacht, wird das dynamische Wachstum der österreichischen Exporte im hohen zweistelligen Bereich vermutlich nicht zu halten sein. Auch vom Binnenmarkt selbst sind keine großen Impulse zu erwarten. Trotzdem bleibt Mexiko ein interessanter Markt für österreichische Technologie und Anlagen.

„Digitalisierung ist eine der größten Chancen“

Sabine Herlitschka, Vorstandsvorsitzende CEO Infineon Technologies Austria AG, über die Gefahren des US-Protektionismus, China als Wachstumsmarkt und die großen Chancen der Digitalisierung für die Industrie und Österreich.

Derzeit hellt sich die wirtschaftliche Lage auf den Weltmärkten und in Österreich auf. Verspüren auch Sie einen steigenden Optimismus in der Wirtschaft?

Bei Infineon spüren wir diese positiven Impulse am Weltmarkt bereits seit längerer Zeit. Die Halbleiterindustrie ist aufgrund ihrer Position in der Wertschöpfungskette eine sogenannte Indikatorbranche. Wir bekommen daher konjunkturelle Veränderungen bereits vor anderen Branchen mit. Auch in Österreich nehme ich einen spürbaren Aufschwung wahr. Allerdings gibt es eine Reihe von innen- und geopolitischen Themen, wie etwa die vorgezogenen Neuwahlen, verstärkter Protektionismus oder die Brexit-Verhandlungen, die diese positive Entwicklung beeinträchtigen könnten.

Was sind die zentralen Faktoren, die derzeit das Chip-Geschäft antreiben?

Der globale Halbleitermarkt war 2016 rund 340 Milliarden US-Dollar schwer und wird nach Ansicht der Marktforscher heuer erstmals seit langem wieder kräftig zulegen. Das US-Beratungsunternehmen Gartner erwartet 2017 ein weltweites Umsatzwachstum von über sieben Prozent. Dabei sind insbesondere Chips für Industrie- und Automobilanwendungen gefragt – zwei Bereiche, in denen sich Infineon sehr gut positioniert hat. In Anwendungsbereichen wie Smartphones oder PCs geht der Aufschwung langsamer voran. Aktuell bietet die Digitalisierung echte Wachstumschance für unsere Branche, beispielsweise durch Chips für das sogenannte Internet der Dinge.

In welchen Bereichen sind aktuell die größten Zuwächse zu verzeichnen?

Neben dem nach wie vor sehr starken Automobilgeschäft kommt nun auch die Nachfrage nach unseren Lösungen für Industrieanwendungen, Stromversorgungen und Haushaltsgeräte richtig in Schwung. Aufgrund der guten Auftragslage wurde die ursprüngliche Infineon-Jahresprognose daher im März angehoben. Für das Geschäftsjahr 2017 erwartet der Konzern einen Umsatzanstieg gegenüber dem Vorjahr von acht bis elf Prozent und eine Segmentergebnis-Marge von etwa 17 Prozent im Mittelpunkt der Umsatzprognose. Dabei wirkt der günstige Dollarkurs auch als „Rückenwind".

Wie viel Prozent ihrer Produktion wandert in den Export?

Bei Infineon in Österreich sind wir völlig auf den Weltmarkt ausgerichtet. Die in Villach produzierten Chips gehen nahezu ausschließlich in den Export. Der Infineon-Konzern macht mittlerweile fast die Hälfte seines Gesamtumsatzes in Asien. China hat dabei mit einem Anteil von 24 Prozent oder 1,57 Milliarden Euro am weltweiten Infineon-Umsatz den höchsten Wert auf Länderebene, gefolgt von Deutschland mit einer Milliarde Euro oder 15 Prozent.

Auf den Weltmärkten hält der Protektionismus Einzug. Ist das für Sie schon verspürbar bzw. welche Risiken hat diese neue Entwicklung für Infineon?

Unser Kerngeschäft ist die Mikroelektronik und das ist eine Schlüsseltechnologie für die Digitalisierung. Dieses Know-how hat daher weltweit einen hohen strategischen Stellenwert. So importiert China mittlerweile wertmäßig mehr Halbleiterprodukte als Öl. China hat sich mit dem Maßnahmenprogramm das Ziel gesetzt, bis 2030 eine nationale Mikroelektronik-Industrie aufzubauen. Von den 20 größten Halbleiterherstellern weltweit kommen mittlerweile neun aus den USA und acht aus Asien. Mit der Übernahme unseres niederländischen Mitbewerbers NXP durch die US-Firma Qualcomm verbleiben nur noch zwei europäische Halbleiterunternehmen in dieser Größenordnung – Infineon und der französisch-italienische Konzern ST Microelectronics. Angesichts dieser Entwicklungen muss sich Europa strategisch klarer positionieren und noch stärker in Innovation und Know-how investieren. Die EU-Forschungs- und Innovationsprogramme, wie Horizon 2020, sind hochwirksame Maßnahmen, um in diesem globalen industriellen „Match" mitzuhalten, müssen aber für die Zukunft nachdrücklich auf diese globalen Herausforderungen ausgerichtet werden. In Österreich tragen Initiativen des Bundes wie das Forschungsprogramm „Silicon Austria" oder der in der Steiermark und Kärnten etablierte Mikroelektronik-Cluster „Silicon Alps" dazu bei. Diese Aktivitäten fördern die regionale Exzellenz

„Österreich hängt zu über 50 Prozent vom Handel mit anderen Wirtschaftsräumen ab."

und stärken gleichzeitig die industrielle Wettbewerbsfähigkeit im globalen Kontext.

Besonders der neue US-Präsident Donald Trump möchte die US-Wirtschaft zunehmend von den Einflüssen der globalen Wirtschaft abschotten. Sind das nur große Worte oder sind hier bereits erste Auswirkungen zu verspüren?

Infineon Österreich ist führend in der Forschung für Industrie- und Automobilanwendungen.

Hier gibt es deutliche Signale, auch für die Halbleiterbranche. Im März hat Präsident Donald Trump per Erlass eine Prüfung für die Stahlindustrie angeordnet. Diese basiert auf einem Gesetz, das laut der US-Regierung Einfuhrbeschränkungen aus Gründen der nationalen Sicherheit erlaubt. Beispielsweise ist die voestalpine daher konkret von US-Importzöllen betroffen. Ende April hat US-Handelsminister Wilbur Ross in einem Interview mit dem Wall Street Journal ähnliche Schutzmaßnahmen unter anderem auch für die Chip-Branche angedeutet. Die im Februar gescheiterte Akquisition des US-Halbleiterherstellers Wolfspeed durch den Infineon-Konzern steht zwar damit nicht im Zusammenhang, ist aber auch bezeichnend für die aktuelle Entwicklung. Das „Committee on Foreign Investment in the United States" (CFIUS), ein ressortübergreifender Genehmigungsausschusses der US-Regierung, hat die Übernahme als Risiko für die nationale Sicherheit der USA eingestuft.

Könnte die neue US-Abschottung auch Folgen für die heimische Exportwirtschaft haben?

Die USA sind für Österreich mit einem Volumen von 9,1 Milliarden Euro die zweitwichtigste Exportdestination mit sehr guten Steigerungsraten

Über 3.600 Mitarbeiter arbeiten für die Infineon Technologies Austria AG mit Hauptsitz in Villach.

in den vergangenen Jahren. Laut Wirtschaftsforschungsinstitut (Wifo) ergeben die Exporte in die USA eine Wertschöpfung von 4,5 Milliarden Euro in Österreich, das sind umgerechnet 60.000 Arbeitsplätze. Dazu kommen noch 20.000 Jobs, die indirekt am US-Handel hängen, z.B. bei Zulieferern für deutsche Konzerne, die in die USA exportieren. Insofern hätte eine solche Entwicklung signifikante Auswirkungen auf die heimische Exportwirtschaft, speziell im Maschinen- und Anlagensektor.

Neben den USA bricht auch Großbritannien durch den EU-Ausstieg als wichtiger Exportmarkt und Handelspartner weg. Welche Entwicklungen sind hier zu erwarten?

Großbritannien zählt mit 4,2 Milliarden Euro Umsatz zu den Top-Ten Handelspartner der österreichischen Exportwirtschaft noch vor China. Insofern

wird es einen Einfluss haben. Wie groß das Ausmaß sein wird, lässt sich erst nach den Brexit-Verhandlungen seriös beurteilen. Veränderungen wie der Brexit bergen aber auch immer neue Chancen, auch diese werden sich dann konkretisieren.

Welche Maßnahmen könnte bzw. sollte die heimische Politik setzen, um die Exporte weiter anzukurbeln und Österreich zukunftsfit zu machen?

Industrie 4.0-Aktivitäten ein Vorreiter der Digitalisierung in Österreich.

Österreich hängt zu über 50 Prozent vom Handel mit anderen Wirtschaftsräumen ab. Gerade im Hochtechnologie-Bereich sind wir permanent im globalen Wettbewerb mit Unternehmen, die bessere Rahmenbedingungen bei Kosten und Flexibilität haben. Angesichts dieser Herausforderung sowie den Umwälzungen durch die Digitalisierung muss sich der Standort Österreich jetzt konsequent weiterentwickeln. Das betrifft die Senkung der Abgabenquote, den Abbau von Bürokratie und Überregulierung sowie die Schaffung einer verlässlichen und zeitgemäßen Infrastruktur. Weiters den infrastrukturellen Ausbau für die Erfordernisse der Digitalisierung und insbesondere ein modernes Bildungssystem, um über exzellent ausgebildete Fachkräfte zu verfügen.

Auf welche Länder sollte die heimische Industrie in den nächsten Jahren ihre Aktivitäten fokussieren?

Der asiatische Raum wird aufgrund seiner anhaltenden Dynamik weiter an Bedeutung zunehmen. Bezüglich des regionalen Absatzes von Mikroelektronik spielt beispielsweise China seit Jahren die dominierende Rolle. 41,5 Prozent aller Halbleiter wurden im Kalenderjahr 2015 dort verbaut. Ich denke, dass auch der europäische Binnenmarkt sowie – abhängig von der politischen Entwicklung – Osteuropa immer noch

Sabine Herlitschka, mit einer Siliziumscheibe die im Verlauf des Fertigungsprozesses zum Chip wird.

großes Potenzial für die österreichische Exportwirtschaft aufweisen.

Für welche großen wirtschaftlichen Umbrüche in den nächsten Jahren sollte sich die heimische Industrie dringend rüsten?

Die Digitalisierung ist eine der größten Chancen, die Österreich und Europa gegenwärtig haben. Für mich lautet daher die zentrale Zukunftsbotschaft: Vorsprung durch Wissen. Wir müssen das Land der besten Köpfe sein und nicht das Land der billigsten Hände. Klingt trivial, ist es aber nicht: Das bedeutet nämlich konsequente Investition in das Know-how und die Kreativität der Menschen, also in modernste Aus- und Weiterbildung, in Forschung und Innovation.

Interview: Stephan Scoppetta

Die Kreativwirtschaft in Österreich und ihre volkswirtschaftliche Bedeutung

Die Kreativwirtschaft ist ein sehr dynamischer und innovativer Teil der österreichischen Wirtschaft, der zahlreiche Branchen betrifft und in zehn verschiedene Bereiche unterteilt wird. Sie verzeichnete als eine der wenigen, über Jahre hinweg, überdurchschnittliches Wachstum.

Die Kreativwirtschaft produzierte 2014 Güter und Dienstleistungen im Ausmaß von 21,7 Milliarden Euro, beherbergte eine Wertschöpfung von 10,6 Milliarden Euro und beschäftigte 178,6 Tsd. Menschen. Durch ihre Interaktion mit der restlichen Wirtschaft werden auf vielfältige Weise Cross-over-Effekte generiert. Ihre Entwicklung, volkswirtschaftliche Bedeutung und Verflechtung sowie der Schwerpunkt ihrer Cross-over-Effekte werden im 7. Kreativwirtschaftsbericht analysiert, der Ende April der Öffentlichkeit vorgestellt wurde (https://www.kreativwirtschaft.at/siebenter-oesterreichischer-kreativwirtschaftsbericht/).

Die Kreativwirtschaft hat durch ihre Beziehungen zu ihren Lieferantinnen und Lieferanten sowie Kundinnen und Kunden eine intensive Einbindung in die gesamte österreichische Wirtschaft. Diese starke Verflechtung, sowohl mit anderen Wirtschaftsbereichen als auch der Kreativwirtschaftsbereiche untereinander, macht die Kreativwirtschaft zu einem wichtigen volkswirtschaftlichen Dynamisierungsfaktor.

Mit Hilfe der Input-Output-Analyse und auf der Datenbasis des erstmalig für den 7. Kreativwirtschaftsbericht erstellten Satellitenkontos für die Kreativwirtschaft wurde die gesamte kreativwirtschaftliche Wertschöpfungskette untersucht und die Effekte auf Produktion, Wertschöpfung und Beschäftigung in der österreichischen Wirtschaft errechnet (in Übereinstimmung mit den Begriffen und Definitionen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung). Neben den direkten Effekten finden auch die indirekten Effekte und die induzierten Effekte Berücksichtigung.

Entwicklung Kreativwirtschaft 2012-2014
+ 5 % Beschäftigungswachstum
+ 5,7 % Umsatzwachstum
+ 8,5 % Bruttowertschöpfungswachstum

Insgesamt wurden im Jahr 2014 durch die Kreativwirtschaft unter vollständiger Berücksichtigung aller Verflechtungen in Österreich eine gesamtwirtschaftliche Produktion von 37,6 Milliarden Euro, eine Wertschöpfung von 18,7 Milliarden Euro und eine Beschäftigung von mehr als 303.000 Beschäftigungsverhältnissen ausgelöst. Auf diese Weise generiert jeder Euro Produktion der Kreativwirtschaft in der gesamten Wirtschaft insgesamt 1,73 Euro an Produktion. Jeder Beschäftigte in der Kreativwirtschaft selbst sichert in der restlichen Wirtschaft zusätzlich 0,7 Be-

Branchen der Kreativwirtschaft

Architektur
Musikwirtschaft
Buch & Verlagswesen
Radio & TV
Design
Software & Games
Filmwirtschaft
Werbung
Markt für darstellende Kunst
Bibliotheken, Museen sowie botanische und zoologische Gärten

schäftigtenverhältnisse ab. Die von der Kreativwirtschaft generierte direkte und indirekte Nachfrage kommt dabei einer breiten Branchenvielfalt zugute.

Durch die Struktur ihrer Inputs ist die Kreativwirtschaft in vielerlei Hinsicht einzigartig. So benötigt sie relativ viele Vorleistungen und bezieht diese fast ausschließlich aus Österreich, vor allem aus der Kreativwirtschaft selbst und von anderen Dienstleistungsbranchen. Im Vergleich mit einer durchschnittlichen Branche des Dienstleistungssektors hat sie eine etwas niedrigere Wertschöpfungsintensität, dies jedoch bei einem höheren Gewicht auf Arbeitnehmerentgelten.

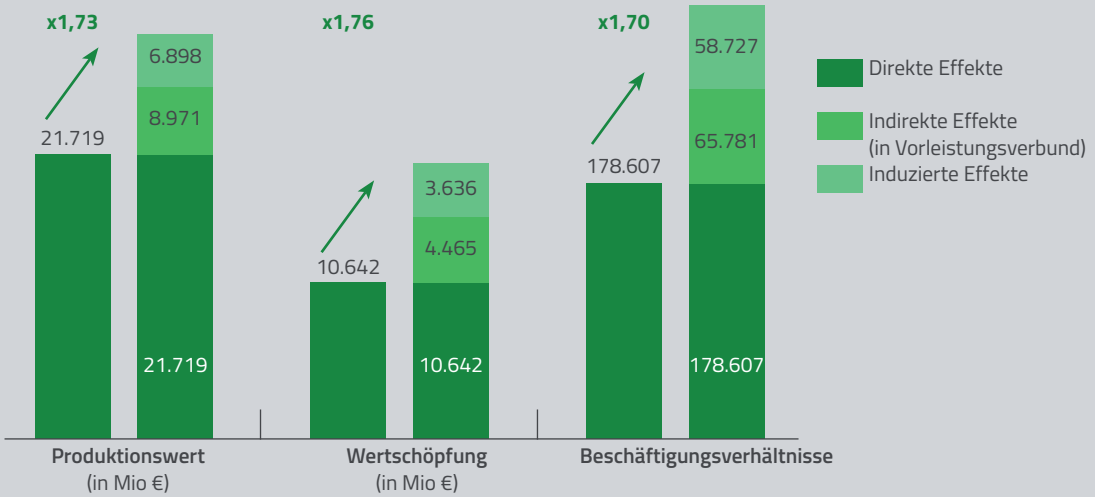
Mit ihren Lieferungen an ihre Kundinnen und Kunden unterstützt die Kreativwirtschaft die Produktion und Investitionstätigkeit in weiten Teilen der Wirtschaft. Ihre Leistungen fließen unmittelbar vor allem in die Vorleistungsnachfrage anderer Wirtschaftsbereiche ein, insbesondere in die Produktion von anderen Dienstleistungen und kreativwirtschaftlichen Leistungen. Verfolgt man die Wertschöpfungskette des Outputs der Kreativwirtschaft über alle Stufen weiter bis sie schließlich in die Endnachfrage eingeht, so gehen 42,3 Prozent in den privaten oder staatlichen Konsum, 20,6 Prozent in die Investitionen und 37,1 Prozent in die Exporte. Zum überwiegenden Teil werden also Investitionen und Exporte unterstützt. Damit liefert die Kreativwirtschaft einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft.

Jeder Euro Produktion der Kreativwirtschaft generiert in der gesamten Wirtschaft insgesamt 1,73 Euro an Produktion

Autor: Dr. Wolfgang Koller

Volkswirtschaftliche Effekte der Kreativwirtschaft 2014[1]

in Milliarden Euro



[1]Die direkten Effekte bezeichnen die Produktion, Wertschöpfung und Beschäftigung in der Kreativwirtschaft selbst. Die indirekten Effekte umfassen die bei den Vorleistenden der Kreativwirtschaft und wieder deren Vorleistenden usw. ausgelöste Produktion, Wertschöpfung und Beschäftigung. Die induzierten Effekte entstehen über den Einkommens-Konsum-Kreislauf. Anmerkung: Die angegeben Kennzahlen (1,73; 1,76; 1,70) bezeichnen die Verhältniszahlen der gesamten ausgelösten Produktion, Wertschöpfung und Beschäftigung zur direkten Produktion, Wertschöpfung bzw. Beschäftigung.; Quelle: IWI

Verbot der dritten Piste des Flughafen Wien – Ein Urteil mit Folgen

Die sachliche Kritik am Urteil gegen den Bau der dritten Piste ist massiv. Eine IV-Umfrage zeigt nun die alarmierenden Folgen auf, die der negative Entscheid für Investitionen und Arbeitsplätze nach sich zieht.

Autor: Ing. Mag. Peter Koren

Das Unverständnis über das Urteil zur dritten Piste ist gewaltig und die Kritik daran massiv: Es kommt nicht oft vor, dass sich weiteste Teile der Gesellschaft bei einem wichtigen Infrastrukturprojekt einig sind – von Anrainern über Gewerkschaften und Wirtschaftsorganisationen bis zur Politik (mit Ausnahme freilich einer Partei). Damit sollte auch klar sein, dass das Bundesverwaltungsgericht mit dieser – sachlichen – Welle an Kritik leben muss: Denn obwohl die Richter selbst ein öffentliches Interesse am Bau der dritten Piste im Hinblick auf Standort, Arbeitsplätze und Sicherheit anerkennen, gewichten sie im Urteilsspruch überraschenderweise Flächenverbrauch und vermeintliche Klimaeffekte höher.

Kein Mehrwert für die Umwelt...

Vermeintlicher Umweltnutzen deshalb, weil jedem einleuchtet, dass es keinen Unterschied für das globale Klima macht, ob die CO2-Emissionen aus Schwechat oder Bratislava kommen. Oder die Emissionen vergrößern sich sogar, wegen der Autofahrt nach Bratislava oder den Warteschleifen über Wien. Und ob das Gelände der dritten Piste tatsächlich für „die Nahrungsmittelversorgung künftiger Generationen" gebraucht wird, ist ebenfalls mehr als fraglich, wenn anderswo Stilllegungsprämien für Ackerland bezahlt werden.

Investitionen und Jobs in Gefahr

So unklar der Umweltnutzen des Urteils ist, so klar zeichnen sich die die wirtschaftlichen Konsequenzen und die Auswirkungen auf den Standort ab. Alleine durch die dritte Landebahn wären rund 30.000 neue Arbeitsplätze geschaffen worden – Arbeitsplätze, auf die viele Menschen dringend warten: Doch weniger Investitionen bedeuten weniger Jobs.

Weitreichende Konsequenzen für den Standort

Darüber hinaus zeigt eine aktuelle Umfrage des IWI im Auftrag der Industriellenvereinigung die weitreichenden wie alarmierenden Folgen des Urteils für Investitionen und Jobs. Dabei ist Österreich flächendeckend betroffen: Nicht nur Unternehmen aus dem Osten Österreichs (Wien, Niederösterreich, Burgenland), auch jene aus der Steiermark, aus Oberösterreich oder Kärnten erwarten eine negative Entwicklung. Und auch die westlichen Bundesländer (Salzburg, Tirol, Vorarlberg) erkennen eine große Betroffenheit. Von insgesamt 270 Leitbetrieben haben sich 108 an der Umfrage beteiligt – alleine diese Unternehmen erwirtschaften jährlich 62,5 Milliarden Euro und stehen für knapp 190.000 Beschäftigungsverhältnisse. Die alarmierenden Ergebnisse:

- Mehr als 90 Prozent der Unternehmen sehen die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Österreich mittel- bis langfristig gefährdet. Nicht nur, weil der Flughafen nicht weiter ausgebaut werden kann. Sondern weil das Urteil eine Präjudizwirkung auf andere Infrastruktur- und Industrieprojekte in Österreich hat.

- Drei von zehn Leitbetrieben erwägen eine zeitliche Verschiebung konkreter Investitionsvorhaben. Manche Unternehmen wollen überhaupt solange warten, bis Rechtssicherheit vorherrscht. Und 40 Prozent denken an eine geografische Verlagerung von Investitionsprojekten, in diesem Fall werden für Österreich wichtige Konkurrenzstandorte gestärkt; Länder Osteuropas (Polen, Slowakei, Rumänien etc.), sogar Deutschland und die USA, sowie verschiedene Länder im asiatischen Raum.

- Bereits jetzt berichten 29 große Unternehmen von konkreten Projekten, die durch den Pisten-Entscheid negativ beeinflusst sind. Das Gesamtvolumen dieser Investitionen summiert sich auf 4,3 Milliarden Euro. Davon könnte der Standort Österreich in den kommenden drei Jahren 1,63 Milliarden Euro verlieren.

Laut Berechnungen des Industriewissenschaftlichen Instituts hätte die Reduktion von Investitionen in dieser Größenordnung einen enormen volkswirtschaftlichen Schaden: Auf drei Jahre wären davon rund 17.500 Jahres-Beschäftigungsverhältnisse betroffen. 1,3 Milliarden Euro würden der heimischen Wirtschaft an Wertschöpfung entgehen.

Infrastrukturelle Rahmenbedingungen optimieren

Hochmoderne Infrastruktur ist eine wesentliche Voraussetzung, um Österreich als Wirtschaftsstandort gegenüber Niedriglohnländern und rohstoffreichen Regionen wettbewerbsfähig zu halten. Das beinhaltet neben einer effizienten Energieinfrastruktur und modernster IKT aber eben auch eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur. In diesem Zusammenhang spielt der Flughafen Wien Schwechat als Transport-Hub eine besondere Rolle, und zwar nicht nur für die Passagiere, sondern gerade auch für Unternehmen und den Transport deren hochpreisiger Güter und damit für die gesamte Region. Negative Entwicklungen für die Infrastrukturdrehscheibe haben daher negative Kettenreaktionen zur Folge. Gerade Wien ist heute Kreuzungspunkt zahlreicher transeuropäischer Netze und damit auch das mitteleuropäische „Gateway" Richtung Südosteuropa. Um diese Vorteile nutzen zu können und zugleich den künftigen Herausforderungen gewachsen zu sein, müssen die infrastrukturellen Rahmenbedingungen jedoch weiter optimiert werden.

Alleine durch die dritte Landebahn wären rund 30.000 neue Arbeitsplätze geschaffen worden – Arbeitsplätze, auf die viele Menschen dringend warten

Faire Interessenabwägung, Beschleunigung der Genehmigungsverfahren

Nach der Kritik einzelner Minister an dem Urteil haben sich nun auch die Landeshauptleute in die Diskussion eingebracht. Sie fordern eine „Neuordnung des Umweltrechts im Umweltverträglichkeitsgesetz" – mit einer „fairen Interessenabwägung und Wertentscheidung" sowie einer „Beschleunigung der Genehmigungsverfahren". Die IV plädiert für eine vernünftige Balance zwischen ökologischer Nachhaltigkeit und wettbewerbsfähigem Wirtschaften. Nur so können hohe Lebensstandards sowie Wachstum und Beschäftigung nachhaltig gesichert werden. Es ist daher richtig, dass die Politik auf Länder- und Bundesebene die Problematik und Tragweite des negativen Entscheids des Bundesverwaltungsgerichts erkannt hat und nach Lösungen sucht.

Peter Koren ist Vize-Generalsekretär der Industriellenvereinigung, vormals auch im Landwirtschafts- und Umweltministerium tätig.

Facharbeiter dringend gesucht

Sie sind heiß begehrt und werden dringend gesucht – Fachkräfte. Jeder dritte Betrieb in Österreich klagt über Fachkräftemangel und hat Schwierigkeiten offene Stellen zu besetzen

Heimische Unternehmen suchen Fachkräfte, doch die Suche ist oft schwierig. Zu wenige oder gar keine Bewerber für offene Stellen und unzureichende Fachkenntnisse der Anwärter sind für viele Arbeitgeber Alltag. Wenn offene Positionen jedoch nicht rasch genug besetzt werden können, hat das Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit, die Produktivität und die Sicherung der zukünftigen Auslastung der Betriebe. Außerdem könnte ein Fachkräftemangel auch die Ansiedelung von Unternehmen negativ beeinflussen.

ManpowerGroup International hat im Jahr 2016 für seine Studie zum Fachkräftemangel 751 Arbeitgeber in Österreich befragt. 34 Prozent gaben an, Schwierigkeiten zu haben, freie Stellen zu besetzen. Facharbeiter und Handwerker wie Elektriker, Tischler, Schweißer oder Installateure gehören zu den am schwierigsten zu besetzenden Stellen.

Abhilfe durch Fachkräfteverordnung?

Die Fachkräfteverordnung 2017 vom Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz spiegelt diese Studie wider. Mit der Fachkräfteverordnung werden Mangelberufe für die Beschäftigung von ausländischen Fachkräften festgelegt. Diese Mangelberufe sind: Fräser, Techniker mit höherer Ausbildung (Ing.) für Maschinenbau, Schwarzdecker, Dreher, Techniker mit höherer Ausbildung (Ing.) für Datenverarbeitung, Techniker mit höherer Ausbildung (Ing.) für Starkstromtechnik, Diplomingenieur für Maschinenbau, Dachdecker, sonstige Techniker für Starkstromtechnik, Diplomingenieur sowie Diplomierte Gesundheits- und Krankenpfleger, die ihre im Nostrifikationsbescheid des Landeshauptmannes vorgeschriebene Ergänzungsausbildung bis Ende 2016 begonnen haben.

Kritik kommt von der Wirtschaftskammer, die einen Fachkräftemangel besonders in Westösterreich ortet und Unterstützung für diese Betriebe fordert. Die Industriellenvereinigung stellte fest, dass zentrale industrierelevante Berufe wie Schweißer und Elektroinstallateure auf der Liste fehlen. Doch was bringt die Fachkräfteverordnung den heimischen Betrieben? „Sie ist ein erster klei-

ner Schritt in die richtige Richtung, denn sie erleichtert die Situation ein wenig. Allerdings berücksichtigt sie die regionalen Gegebenheiten und Unterschiede zu wenig und spiegelt exakt die fehlende Planung und Steuerung der Bildungsströme in den vergangenen Jahrzehnten – die eine der Hauptursachen des Fachkräftemangels ist – wider", so Karl Lang, stv. Leiter Human Resources CEE bei Siemens AG Österreich. Den Fachkräftemangel spürt man auch bei Siemens. „Obwohl wir bei vielen ein beliebter Arbeitgeber sind, ist es an manchen Standorten und in manchen Bereichen nicht einfach, offene Stellen zu besetzen. Das ist vor allem in Wien, Linz und Graz so", erklärt Karl Lang. Mehrere Bereiche seien davon betroffen. So findet man nicht genügend Service- und Inbetriebnahmetechniker, Automatisierungstechniker, technischen Vertriebsmitarbeiter und technische Projektleiter. Auch in den Berufen Schweißer und Schlosser gibt es einen Mangel.

Bei der OMV ist man ebenfalls immer auf der Suche nach guten Nachwuchskräften. „Ein Großteil unserer Neuzugänge verfügt über ein abgeschlossenes kaufmännisches oder technisches Studium. Vor allem in den technischen Bereichen haben wir an unseren Standorten, wie beispielsweise der Raffinerie Schwechat oder der OMV Austria in Gänserndorf, jedoch vermehrt Bedarf an guten Fachkräften", so Bettina Schweighofer, Pressesprecherin der OMV.

Aufwertung der Lehre

Um einem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und den Standort Österreich zu sichern, bedarf es einer Aufwertung der Lehre, sind sich Unternehmen, Arbeiterkammer und Wirtschaftsministerium einig. „Die Zahl der Jugendlichen, die in keiner Berufsausbildung sind, ist viel zu hoch. Es gibt eine hohe politische Verantwortung, junge Menschen so auszubilden, dass sie sich in der digitalisierten Arbeitswelt zurechtfinden, aber es gibt auch eine Verantwortung der Wirtschaft dafür, sich ihre zukünftigen Fachkräfte auch entsprechend auszubilden", erklärt der Präsident der Oberösterreichischen Arbeiterkammer Johann Kalliauer.

„Die Attraktivität der technischen Berufe in der öffentlichen Wahrnehmung gesteigert werden." Karl Lang, stv. Leiter Human Resources CEE, Siemens AG Österreich

„Die Ausbildung in den MINT-Richtungen und die technischen Ausbildungszweige sollten Basis des Bedarfs der Wirtschaft forciert werden. Gleichzeitig muss die Attraktivität der technischen Berufe in der öffentlichen Wahrnehmung gesteigert werden, hier können auch die Unternehmen einen Beitrag leisten. Jedenfalls aber braucht es eine verbesserte Planung der Bildungsströme", so Karl Lang von Siemens. Siemens Österreich bildet derzeit über 400 Lehrlinge aus, 20 verschiedene Lehrberufe stehen zur Auswahl.

Auch bei Lenzing setzt man auf die Ausbildung von Lehrlingen. „Derzeit beschäftigen wir 121 Lehrlinge. Die Lehre und die Fachkarriere muss in der öffentlichen Wahrnehmung weiter aufgewertet werden. Ziel muss es sein, die Lehre als gleichwertig mit einem Maturaabschluss zu positionieren", so Waltraud Kaserer, Vice President Corporate Communications & Investor Relations bei Lenzig AG. In der OMV arbeitet man an Initiativen wie „Move2School", „Girls Day" oder „Tag der offenen Tür" um Jugendlichen ausreichende Informationen über Berufsbilder zugänglich zu machen und das Interesse der weiblichen Zielgruppe an technischen Berufen zu wecken.

Von Seiten des Wirtschaftsministeriums wurde ein Lehrberufspaket an den Start gebracht, das bis 2020 insgesamt 54 Lehrberufe modernisieren und neu ausrichten soll. Zudem profitieren Lehrlinge ab dem 1. Juli 2017 von kostenlosen Vorbereitungskursen vor der Abschlussprüfung und Gratis-Sprachkursen im Ausland. Ziel ist es, die Lehre fit für den digitalen Wandel zu machen. Zusätzlich soll die Fachkräfteausbildung für Lehrlinge und Betriebe noch attraktiver gemacht und das Image der Lehre aufgewertet werden..

Autorin: Helene Tuma

Flexible Arbeit ist sichere Arbeit

Thomas Salzer, Präsident der IV-Niederösterreich übt Kritik am veralteten Arbeitszeitgesetz und fordert eine Modernisierung der bestehenden Regelungen um die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Österreich auch in Zukunft zu gewährleisten.

Autor: Thomas Salzer

Auf der ganzen Welt wird immer weniger auf Lager produziert, Aufträge werden kurzfristig storniert, erteilt und abgearbeitet, um den Wünschen der Konsumenten Rechnung zu tragen. Auch Österreich kann sich vor kürzern Produktionszyklen, Just-in-time-Lieferungen, Konjunkturschwankungen sowie individuellen Kundenwünschen nicht abkoppeln und von unseren Betrieben wird immer mehr Flexibilität verlangt. Unser Arbeitszeitgesetz, kurz AZG, entspricht jedoch nicht mehr den Anforderungen dieser modernen Arbeitswelt. Das bestätigt auch das World Economic Forum, das im „Global Competitiveness Report 2016-2017" die Arbeitsrechtsbestimmungen zu den problematischsten Faktoren für Unternehmen in Österreich kürt.

Auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben nicht mehr den Wunsch, unter derart starren Rahmenbedingungen beschäftigt zu sein: Laut einer aktuellen Umfrage der WKO sind 73 Prozent der Befragten der Meinung, dass die Arbeitswelt mehr Flexibilität erfordert als früher. Nur für zwölf Prozent ist Flexibilität kein Thema. Ideal wäre eine normale Arbeitszeit von bis zu zehn statt derzeit acht Stunden, sowie zwölf Stunden im Ausnahmefall ohne bürokratischen Aufwand und die Möglichkeit bis zu zwölf Stunden bei Gleitzeit zuschlagsfrei zu nutzen und im Bedarfsfall bis zu 60 Stunden pro Woche arbeiten dürfen. Das heißt auch, dass man innerhalb eines Durchrechnungszeitraumes sein Zeitguthaben konsumieren kann, was wiederum längere Freizeitblöcke und auch Phasen kürzerer Tagesarbeitszeit ermöglicht. Dabei soll durchschnittlich pro Woche nicht mehr gearbeitet werden, es geht nur um eine flexible Verteilung.

Andere Länder als Vorbild

In anderen europäischen Ländern funktioniert das bereits sehr gut. Schließlich ermöglicht die EU-Arbeitszeitrichtlinie wesentlich größere Spielräume als das österreichische AZG, das eine maximale Tagesarbeitszeit von zehn und eine maximale Wochenarbeitszeit von 50 Stunden festlegt. Die EU-Vorgabe sieht keine tägliche Höchstarbeitszeit, sondern lediglich eine Mindestruhzeit von elf Stunden vor. Daraus würde sich – theoretisch – eine maximale tägliche Arbeitszeit von bis zu 13 Stunden ergeben. In Schweden, Finnland und Norwegen ist die Ruhepause von mindestens elf Stunden bereits Usus. Die skandinavischen Tarifverträge bieten außerdem mehr Spielraum, um die Arbeit mit Hilfe von längeren Durchrechnungszeiträumen flexibel einzuteilen, was in weiterer Folge auch häufig zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf führt. Dies wirkt sich vor allem auf die Frauenbeschäftigtenquote aus – wo Österreich im Vergleich zu Skandinavien durchaus noch Nachholbedarf hat.

Österreich bei den Arbeitsstunden nur im Mittelfeld

Immer wieder wird behauptet, dass längere Arbeitszeiten zu gesundheitlichen Problemen in der Gesellschaft führen. Die Statistik der OECD widerlegt das: Länder wie Schweden, Malta oder Irland, die eine tägliche Arbeitszeit von bis zu 13 Stunden zulassen, führen die Statistik hinsichtlich gesunder Lebensjahre an. Dazu kommt, dass Österreich bei den geleisteten Arbeitsstunden bereits jetzt nur im europäischen Mittelfeld liegt. Jährlich wird hierzulande im Schnitt 1.730 Stunden gearbeitet, der EU-weite Durschnitt liegt laut Eurofound bei 1.707 Stunden. Eine bloße Darstellung der Wochenarbeitszeit – wie es in öffentlichen Diskussionen immer wieder passiert – greift hier also zu kurz. Für ein Gesamtbild müsste man auch die überdurchschnittlich hohe Anzahl an gesetzlichen Urlauben und Feiertagen berücksichtigen. Warum sind unsere Arbeitszeitregelungen in Österreich eigentlich so restriktiv? Die Möglichkeiten der EU-Arbeitszeitrichtlinie werden durch das AZG, Kollektivverträge, sowie durch Arbeitszeitvorgaben, Betriebsvereinbarungen und Einzelvereinbarungen geregelt. Dies sorgt für einen bürokratischen und komplexen Rahmen, der der modernen Arbeitswelt einfach nicht mehr gerecht wird – und ist ein Bremsklotz für unsere Wettbewerbsfähigkeit. Zwar gibt es unter bestimmten Voraussetzungen Ausnahmen für die Zehn-Stunden-Grenze, etwa bei Schichtarbeit oder aktiver Reisezeit, diese decken die wesentlichen Anforderungen der Praxis allerdings nicht ab und bedürfen bürokratischer Administration.

Neue Zeitmodelle notwendig

Gar nicht nachvollziehbar ist im heutigen System, dass bei Gleitzeit eine Überschreitung der zehn Stunden nicht möglich ist. Gerade für diese Beschäftigten wäre es oft wichtig, Zeitmodelle zu haben, wo etwa einzelne längere Arbeitstage in weiterer Folge größere Freizeitblöcke zulassen. Das kann vor allem für Pendlerinnen und Pendler interessant sein, wenn sie sich dadurch die Arbeitswege von einem ganzen Tag sparen können.

Bei der Arbeitszeitflexibilisierung geht es nicht um eine Arbeitszeitverlängerung. Die Normalarbeitszeit bleibt gleich. Und das bedeutet weder Lohnraub noch Überstundenklau.

Und wer einmal gerne etwas länger im Büro bleiben möchte, um ein wichtiges Projekt abschließen zu können, hat derzeit ein Problem, sobald die zehn Stunden pro Tag überschritten wurden. Es ist auch unverständlich, dass das AZG derart einschränkende Regelungen vorsieht, während etwa das öffentliche Dienstrecht oder das Krankenanstalten-Arbeitszeitgesetz eine Tagesarbeitszeit von bis zu zwölf Stunden und eine Wochenarbeitszeit von im Schnitt 48 Stunden bei einem Durchrechnungszeitraum von 17 Wochen ermöglichen. Hier wird eindeutig mit zweierlei Maß gemessen. Bereits im Jahr 2013 wurde im Regierungsprogramm die Anhebung der täglichen Arbeitszeithöchstgrenze auf zwölf Stunden bei Gleitzeit verankert – umgesetzt wurde dies aber noch nicht. Leider scheiterten die Gespräche im Jahr 2014, nachdem die Arbeitnehmervertreter im Gegenzug eine sechste Urlaubswoche verlangt hatten. Diese Forderung steht in keiner Relation zu einer moderneren Arbeitszeit, denn der Mehrurlaub würde den Unternehmen 300 bis 400 Millionen Euro kosten – und damit sogar Arbeitsplätze gefährden!

Flexibilisierung und nicht Verlängerung

Das wichtigste Argument, das – auch aus Arbeitnehmersicht – für modernere Arbeitszeiten spricht, ist folgendes: Es geht bei diesem Thema nicht um eine generelle Arbeitszeitverlängerung. Die Normalarbeitszeit bleibt gleich. Und das bedeutet weder Lohnraub noch Überstundenklau. Schließlich würden die elfte und zwölfte Stunde als Überstunde ausbezahlt werden. Es geht um zeitgemäße, praktikable und einvernehmliche Regelungen auf betrieblicher Ebene. Wir wollen die Stunden nur im Bedarfsfall anders verteilen können, um Aufträge annehmen und abarbeiten zu können. Im internationalen Wettbewerb bedeutet flexible Arbeit nämlich vor allem eines: sichere Arbeit.

Ideen braucht das Unternehmen

Neue Ideen sind der Jungbrunnen für jedes Unternehmen. Motor für Innovationen sind aber nicht dezidierte Entwicklungsabteilungen, sondern Mitarbeiter aller Bereiche. Eine Ideenkultur in Unternehmen lässt sich gezielt fördern.

Österreich ist ein Land der Erfinder und das hat sich auch am Europäischen Patentamt (EPA) niedergeschlagen. Beim EPA wurden aus Österreich 2.040 Patente angemeldet (plus 2,6 Prozent), das ergab für Österreich in absoluten Zahlen Rang 13 weltweit und Rang 9 unter den europäischen Staaten. Setzt man das in Bezug zur Einwohnerzahl, ergibt das Rang 7 unter allen Staaten, die beim EPA Patente eingereicht haben. Zwar ist Österreich (234 pro einer Million Einwohner) damit weit vom Spitzenland Schweiz (892) entfernt, aber fast doppelt so aktiv wie der EU-Schnitt (122). Doch Erfinder sitzen meist nicht in irgendeiner Garage. Sie sitzen in Unternehmen, die eine Innovationskultur fördern. Fast jedes 13. Patent aus Österreich kam 2016 von Unternehmen. Die-

Foto: by Freepik

ses Innovationsverhalten kann gezielt auf mehreren Ebenen gefördert werden.

Was ist Innovative Work Behavior (IWB)?

IWB ist die Summe aller Arbeitsaktivitäten, die Angestellte zur Innovationsentwicklung ausführen. Insbesondere werden vier Innovationsaufgaben diskutiert: In der ersten Phase muss ein Problem oder ein problematischer Zustand im Arbeitsumfeld ausfindig gemacht werden. Dadurch wird ein Denkprozess gestartet, in dem neue und bestenfalls hilfreiche Ideen entwickelt werden. Diese Ideen werden dann den Arbeitskollegen und Arbeitskolleginnen und Vorgesetzten vorgestellt, um Unterstützung bei der Verwirklichung zu haben. Die Phasen werden nicht eine nach der anderen durchlaufen, sondern können mehrere Male wiederholt werden, bis in die nächste Phase übergegangen werden kann. Oft laufen die Phasen auch gleichzeitig ab. Wichtig ist im Anschluss auch die Reflexion des Innovationsprozesses: Nachdem es sich um komplexe Beziehungen zwischen der vergangenen Arbeit und vergangenen Ergebnissen von Angestellten und den aktuellen und zukünftigen Aktivitäten handelt, muss ein Innovationsprozess immer in einem Kontext betrachtet werden.

Die Bedingungen für Innovative Work Behavior

Zahlreiche Studien zeigen unter welchen Bedingungen IWB gelingen kann. Hier ein Überblick welche Bedingungen auf individueller, Team- und Organisationsebene notwendig sind.

Es braucht Selbstbestimmtheit der Mitarbeiter

Auf individueller Ebene sind die Einflussfaktoren Intelligenz, Gefühlszustand, Motivation, Gegebenheiten am Arbeitsplatz und die Fähigkeit, kreativ zu sein, wichtig. Mit der Studie zu Multikulturalität von Korzilius, Bücker und Beerlage (2016) lässt sich die Wirkung von kultureller Intelligenz im Zusammenhang mit Multikulturalität nachweisen. Kulturelle Intelligenz beeinflusst das innovative Verhalten indirekt über multikulturelle Fähigkeiten der Angestellten. Wer ein hohes Verständnis von Kulturen hat, ist innovativer als jener, der nur eine Kultur kennt oder sich nicht mit anderen befasst. Durch Multikulturalität steigt die kulturelle Intelligenz und damit die Innovationsbereitschaft laut Korzilius, Bücker, Beerlage 2016. Li und KollegInnen (2016) zeigen den Zugang zu Innovation und Motivation über einen positiven Gefühlszustand und kreatives Selbstvertrauen. Kreatives Selbstvertrauen drückt sich im Glauben daran aus, innovative Ideen entwickeln und ausführen zu können. Angestellte mit einem hohen Vertrauen darauf können genügend Motivation aufbringen, um Fehler, die im Innovationsprozess entstehen, auszubessern. Besonders positiv wirkt sich Arbeitsautonomie auf die Motivation aus, da die Angestellten dadurch ein Gefühl der Bevollmächtigung bekommen und das ist eine Basisvoraussetzung für Innovationsverhalten in Unternehmen.

Wer ein hohes Verständnis von Kulturen hat, ist innovativer als jener, der nur eine Kultur kennt oder sich nicht mit anderen befasst.

Stimmung und Struktur im Team müssen stimmen

Auf der Teamebene stehen unter anderem Faktoren wie Stimmung, Struktur und Charaktereigenschaften der einzelnen Teammitglieder. An dieser Stelle ist Vertrauen zu nennen, da das Vertrauen zu den anderen und das Akzeptiertwerden im Team die Struktur und das Klima stark beeinflussen und so Innovation fördern oder hemmen. Zu den entscheidenden Charaktereigenschaften kann Multikulturalität gezählt werden. Ein multikulturelles Team hat das Potenzial, sehr kreativ und innovativ zu sein, da eine große Vielfalt an unterschiedlichen Erfahrungen und Einstellungen herrscht und die Mitglieder vernetzter denken können. Auf der anderen Seite ist es denkbar, dass

gerade diese Verschiedenheit keine Ideengenerierung zulässt, da keine gemeinsame Kommunikationsbasis gefunden wird und das Verständnis dem anderen gegenüber fehlt. Auch auf der individuellen Ebene kann Multikulturalität positiv auf IWB wirken.

Zu große Teams hemmen den Innovationsprozess

Studien zeigen, dass Verantwortung ein wichtiger Faktor für Innovation ist. Das Problem stellt sich besonders bei Gruppen: Je größer die Gruppe ist, desto stärker werden Innovationen gehemmt, denn Gruppenmitglieder fühlen sich nicht verantwortlich für das Erreichen eines Ziels und unternehmen wenig bis gar keine Anstrengungen dafür. Dadurch sind sie nicht involviert und motiviert und für diese Angestellten besteht kaum Möglichkeit, innovativ zu werden. Diese Einstellung kann auch dazu führen, nur das Notwendigste zu machen, um die Arbeitsaufgaben zu erfüllen. Zum Erreichen dieses Ziels wird am ehesten ein systematischer Problemlösungsstil angewendet, da sich dieser auf bekannte Methoden und lange bestehende Routinen stützt. Dadurch werden herkömmliche Lösungen und Strategien für neue Probleme verwendet, was in einer sich ständig verändernden Umwelt nicht auf Dauer zum Ziel führt.

Unternehmen müssen Ressourcen und Know-how zur Verfügung stellen

Auf Unternehmensebene sind vor allem Einflussfaktoren wie Kommunikation, fachliches Wissen und die Bereitstellung von genügend Ressourcen wichtig. Vor allem Trainings und wissensfördernde Maßnahmen zeitigen einen positiven Einfluss auf das innovative Verhalten von Angestellten. Messmann, Mulder und Gruber (2010) betonen in ihrer mit Lehrerinnen und Lehrern durchgeführten Studie ebenfalls die Wichtigkeit des fachlichen Wissens und der ständigen Weiterbildung. Durch die Arbeitserfahrung können Angestellte, oder in diesem Fall Lehrpersonen, Routinen entwickeln, die ihnen im Arbeitsalltag helfen innovativ zu sein und zur Verfügung stehende Ressourcen effizient zu nutzen. Übrigens hat das Alter Auswirkungen auf IWB. Der Grund: Ältere Lehrende haben mehr Arbeitserfahrung auf die sie zurückgreifen können und die für die Entwicklung von Innovation von Vorteil ist.

Innovationsprozesse in KMU implementieren

IWB wird auch in einem laufenden Projekt des Industriewissenschaftlichen Instituts aufgegriffen. Im Projekt „Innovationen effizient in KMU implementieren“ (INEKI), einem vom ACR Netzwerk von Forschungsinstituten geförderten Projekts, wird in Kooperation mit der Güssing Energy Technologies GmbH (GET), der KMU Forschung Austria (KMFA), der V-Research GmbH, dem Österreichischer Kachelofenverband (KOV) sowie dem Österreichisches Institut für angewandte Telekommunikation (ÖIAT) ein Methodenkoffer entwickelt, der eine neue Perspektive auf die betriebliche Innovationsprozesse und so eine effizientere und zielgerichtete Innovationsleistung ermöglichen soll.

AutorInnen:

Veronika Adelhofer, BA ist Masterstudentin der Bildungswissenschaft an der Universität Wien.

Dr. Dominik E. Froehlich ist Forscher an der Universität Wien, Consultant und Speaker.
Web: www.dominikfroehlich.com
E-Mail: dominik@froehlich.onl

Die internationale Konjunkturentwicklung

Die weltweite Wirtschaftsentwicklung hat im ersten Halbjahr 2017 an Schwung gewonnen, zuletzt veröffentlichte Prognosen gehen von einer weiteren Wachstumsbeschleunigung aus. Ein tieferer Blick in die Wirtschaftsdaten zeigt allerdings auch eine Reihe von Problemzonen, die zudem von einer erhöhten Unsicherheit über die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen begleitet werden.

FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider

Folgt man den neuersten Prognosen des Internationalen Währungsfonds (IMF), sollte das reale Wachstum der Weltwirtschaft in den Jahren 2017 und 2018 bei jeweils 3,5 bis 3,6 % liegen, somit einen halben Prozentpunkt höher als im vergangenen Jahr. Diese Prognosewerte stellen allerdings nur gegenüber dem Jahr 2015 eine nennenswerte Kräftigung des Wachstums dar und sind faktisch eine Fortschreibung der – damals als eher unbefriedigend gesehenen – Wachstumsraten 2012 bis 2014. Wenn nun im Jahr 2017 die IMF-Prognosen in der politischen und medialen Welt auf erfreute Resonanz stoßen, sagt dies mehr aus über die mittlerweile eingekehrte Bescheidenheit, als über den Zustand der Weltkonjunktur.

Emerging Markets sorgen für Schub

Die Prognosen für den Euroraum bleiben bescheiden, sowohl laut IMF als auch laut OECD werden heuer und im kommenden Jahr die Wachstumsraten bei 1,6 bis 1,7 % liegen. In den USA sollte das BIP-Wachstum auf 2,3 bis 2,4 % (2017) sowie 2,5

bis 2,8 % (2018) anziehen. Nachdem in Japan die Versuche einer substantiellen Beschleunigung des Wachstumspfades nicht fruchten – das Wachstum im laufenden Jahr sollte bei knapp über einem Prozent liegen, im kommenden Jahr allerdings wieder darunter – wird das Gesamtwachstum aller Industriestaaten auf mittlere Frist nicht mehr als zwei Prozent betragen. Wenn nun eine gewisse Beschleunigung des globalen Wirtschaftswachstums zu verzeichnen ist, dann ausgehend von den Emerging Markets. Mit 4,2 % (2015) bzw. 4,1 % (2016) hat diese Ländergruppe zwei relativ schwache Wachstumsjahre hinter sich; ein noch stärkerer Absturz der Wachstumskurve konnte in den beiden vergangenen Jahren nur durch die robuste Entwicklung der Wirtschaftskraft in Ost-, Südost- und Südasien vermieden werden. Mit prognostizierten Wachstumsraten für 2017/18 für die ASEAN-5-Staaten von jenseits der fünf Prozent p.a., für China von jeweils mehr als sechs Prozent und für Indien von jeweils über sieben Prozent pro Jahr bleiben die Länder der genannten Regionen auch in mittlerer Zukunft die Zugpferde des Wachstums. Hinzu kommt aber, dass so divergente Länder wie Russland, Brasilien, Südafrika oder Nigeria im heurigen Jahr auf den Wachstumspfad zurückkehren und so zu einer Beschleunigung des Gesamtwachstums der Emerging Marktes beitragen. Somit erwartet der IMF (und in ähnlicher Form auch die Weltbank) eine Beschleunigung des Wachstums dieser Ländergruppe von den erwähnten 4,1 % auf 4,5 % (2017) und 4,9 % (2018).

„Auch ohne neo-protektionistische Maßnahmen ist der Welthandel von einer bedenklichen Schwäche befallen“

FED-Zinspolitik wirft Fragen auf

Als Nettoimporteure von Kapital sind die Emerging Markets besonders exponiert gegenüber Änderungen der Zinspolitik. Folglich ist die anhaltende Unsicherheit über die künftige Zinspolitik der US-Notenbank FED ein massives Fragezeichen, das über der Entwicklung der Emerging Markets schwebt. Wie überhaupt alle Prognosen unter der Unsicherheit über die Ausrichtung der US-Politik leiden: Nicht nur die Geldpolitik der Notenbank wirft Fragen auf, sondern auch die Steuer-, Fiskal- und Handelspolitik. Massive Steuersenkungen – wie von Präsident Donald Trump angekündigt – könnten einen zusätzlichen konjunkturellen Impuls setzen, der, aufgrund der wichtigen Rolle der USA als Importland, auch in anderen Regionen spürbar wird. Andererseits verfolgt die neue US-Regierung eine handelspolitisch restriktive Agenda, die sich negativ auf die internationale Arbeitsteilung und den Welthandel auswirken könnte.

Welthandel bedenklich schwach

Auch ohne neo-protektionistische Maßnahmen ist der Welthandel in den letzten Jahren von einer bedenklichen Schwäche befallen: Der Welthandel steigt nicht mehr – wie früher – etwa doppelt so rasch wie die Weltwirtschaft, sondern nur noch im Gleichschritt. Nachdem im vergangenen Jahr das Wachstum des Welthandels sogar hinter dem (schwachen) Wachstum der Weltwirtschaft zurückgeblieben ist, sagen die Prognosen des IMF für 2017 und 2018 eine leicht über dem Wirtschaftswachstum liegende Ausweitung des Welthandels voraus. Die Ursachen für das schwache Wachstum des Handelsvolumens sind teilweise dadurch zu klären, dass sich die Schwergewichte der Weltkonjunktur von Industrieländern mit außerordentlich hoher Auslandsverflechtung zu Emerging Markets mit einem geringeren Außenbeitrag an der Wirtschaftsleistung verschoben haben; und dass in einigen Emerging Markets – allen voran China – der wirtschaftspolitische Fokus von der Forcierung des Exports auf die Entwicklung der Konsumnachfrage im Inneren umgeleitet wurde. Zudem könnte sich in der vergleichsweise schwachen Handelsentwicklung auch eine Rückentwicklung der internationalen Arbeitsteilung zeigen, somit einer gewissen Bremsbewegung am Weg der Globalisierung; verbunden damit wäre das Risiko globaler Wohlfahrtsverluste.

Mittel- Ost und Südeuropa im Aufschwung

Zur Gruppe der Emerging Markets zählen auch die Volkswirtschaften Mittel-, Ost- und Südosteuropas. Diese Länder weisen exzellente Wachstumsraten auf. Das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche hat zuletzt Prognosen bis einschließlich 2019 vorgelegt, die von einer weiterhin stabilen Wachstumsentwicklung ausgehen. Elf Länder der Region sind EU-Mitglieder, darunter die vier österreichischen Nachbarländer Tschechische Republik, Slowakei, Ungarn und Slowenien. Für die elf Länder insgesamt sieht das WIIW ein Wirtschaftswachstum von 3,0 % in 2017 und jeweils 3,2 % in 2018 und in 2019. Abgesehen von Kroatien, das erst jüngst eine hartnäckige Krise abschütteln konnte, liegen in allen Ländern der Region die Arbeitslosenraten unter dem EU-Durchschnitt, die früher teilweise erheblichen außenwirtschaftlichen Defizite konnten fast durchwegs überwunden werden. Ähnlich starke Wachstumsraten weisen die sechs Westbalkanländer auf, die noch nicht EU-Mitglieder sind. Diese Länder sind aber weiterhin von hohen, zweistelligen Arbeitslosenraten und deutlichen Leistungsbilanzdefiziten geprägt.

Alte EU-Länder laborieren an Wachstumsschwäche

Weit weniger homogen ist das Bild, das die „alten" EU-Länder abgeben: Die Wachstumsraten streuen im Verhältnis 1:4, was die Aufgabe einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik nicht einfacher macht. Die ehemaligen Problemländer Griechenland, Spanien, Portugal und Irland haben den Weg zurück zu substantiellen Wachstumsraten gefunden, wobei insbesondere bei Griechenland noch viele Fragezeichen im Raum stehen; im Unterschied zu den drei anderen Ländern wurde auch nicht bereits 2016 ein deutliches Wirtschaftswachstum erzielt, sondern erst mit der Prognose für 2017 veranschlagt. Ein massives Problem für die EU stellt dar, dass zwei der vier größten Volkswirtschaften an erheblichen Problemen und an Wachstumsschwäche laborieren, nämlich Italien und Frankreich. Im Fall von Großbritannien sind die Aussichten außerordentlich schwer zu beurteilen: Während der IMF mit einer moderaten Wachstumsbeschleunigung im laufenden Jahr rechnet, erwartet die OECD ein gegenüber 2016 vermindertes Wachstum. Infolge des Brexit müssen EU und Großbritannien aufpassen, dass nicht durch überzogene Standpunkte und ausgelebte Befindlichkeiten ein Weg beschritten wird, der letztlich für beide Seiten einen Wohlfahrtsverlust mit sich bringt.

Gutes Klima in der Industrie und Bauwirtschaft

Zusätzlich zu den Prognosen der Wirtschaftsforscher vermitteln Umfragen zum Wirtschaftsklima ein interessantes Bild der Wirtschaftsentwicklung.

Ehemalige Problemländer wie Griechenland, Spanien, Portugal und Irland haben den Weg zurück zu substantiellen Wachstumsraten gefunden

Der Business und Consumer Survey der Europäischen Kommission signalisiert seit dem vierten Quartal 2016 einen Ausbruch der Daten aus einer langen Seitwärtsbewegung, und zwar einen Ausbruch nach oben. Der Gesamtindikator erreicht die höchsten Werte seit 2007 und weist somit auf eine überaus robuste Konjunkturentwicklung hin. Besonders bemerkenswert ist die starke Verbesserung in den beiden Teilbereichen „Industrie" und „Bauwirtschaft"

Optimistischer Blick ins Jahr 2017

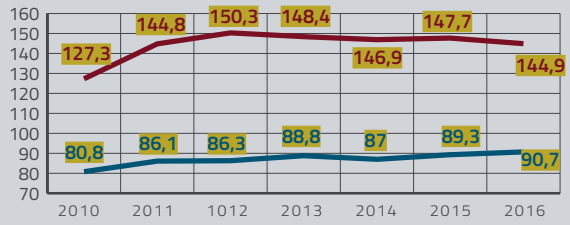
Im abgelaufenen Jahr 2016 erwirtschaftete die österreichische Industrie einen Produktionswert von insgesamt 144,9 Mrd. Euro.

Mag. Andreas Mörk

Mag. Andreas Mörk

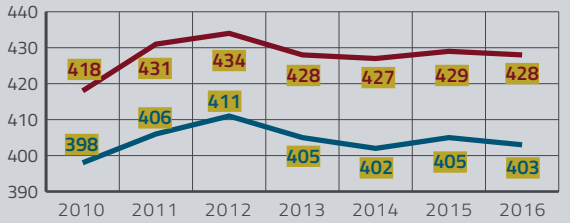
Im Vergleich zum Vorjahr reduzierte sich die abgesetzte Industrieproduktion 2016 nominell um 1,9 %. Sie liegt damit in etwa auf dem Produktionsniveau von 2011. Betrachtet man die Produktionsentwicklung in den einzelnen Quartalen so verzeichnete die Industrieproduktion im Schlussquartal 2016 mit einem Anstieg um 3,5 % nach insgesamt vier Quartalen mit Produktionsrückgängen wieder eine Belebung.
Im Jänner 2017 wies die heimische Industrieproduktion mit einem Plus von 17,5 % einen positiven Schub aus, der auch für das gesamte erste Quartal einen vorsichtigen Optimismus zulässt.
Real (um den harmonisierten Verbraucherpreisindex bereinigt) betrug der Rückgang der Industrieproduktion im vergangenen Jahr 2,9 %. In den letzten 4 Jahren ging die Industrieproduktion real jeweils zurück (2013: -3,3 %; 2014: -2,5 %; 2015: -0,2 %, 2016: -2,9 %).
Innerhalb der heimischen Industrie konnten 2016 nur zwei Branchen, nämlich die Bau- sowie die Elektro- und Elektronikindustrie, einen Produktionszuwachs erzielen, vier Branchen, Stein/Keramik, Holz und Fahrzeuge, wiesen eine Stagnation aus, während die restlichen Industriezweige das vorjährige Produktionsniveau nicht erreichen konnten.
Der Produktionsindex der österreichischen Industrie wies im Gesamtjahr 2016 einen Anstieg um 2,0 % aus, wobei dieser insbesondere durch eine 4,5 %-ige Steigerung im 4. Quartal 2016 getragen wurde. (1.Qu.: 2,2 %, 2.Qu.: 0,6 %, 3.Qu.: 0,6 % und 4.Qu.: 4,5 %). Im gesamten Produktionssektor (ÖNACE B bis F) stieg der Produktionsindex im Berichtszeitraum um 1,7 % an. In den ersten beiden Monaten 2017 erhöhte sich der Produktionsindex im Jänner um 3,7 % bzw. im Februar um 2,7 %.

Österreichs Industrie
Abgesetzte Produktion & Auftragseingänge, Gesamtjahr in Mrd. €



Quelle: Statistik Austria, Konjunkturstatistik im Produzierenden Bereich, Sonderauswertung nach Kammersystematik

Österreichs Industrie
Beschäftigte - Eigenpersonal u. Gesamtpersonal in 1.000



Quelle: Statistik Austria; Konjunkturstatistik Produzierender Bereich; Sonderauswertung Kammersystematik

Auftragseingänge der Industriebetriebe:

Die um die Storni bereinigten Auftragseingänge der österreichischen Industriebetriebe machten im Jahr 2016 insgesamt 90,7 Mrd. Euro aus. Gegenüber dem Vorjahr erhöhten sie sich um nominell 1,6 %, wobei die inländischen Auftragseingänge um 2,2 % auf 23,5 Mrd. Euro zurückgingen, während die Auslands-Auftragseingänge ein Plus von 2,3 % auf 66,8 Mrd. Euro auswiesen.
Eine positive Entwicklung zeigten die Auftragseingänge im Schlussquartal des Jahres 2016. Sie stiegen im Zeitraum Oktober–Dezember 2016 um 3,9 % im Vergleich zur Vorjahresperiode. Diese Entwicklung setzte sich zu Jahresbeginn fort. Im Monat Jänner 2017 erhöhten sich die Auftragseingänge um 13,5 %.
Die höchste Steigerung bei den Auftragseingängen verzeichnete 2016 im Vergleich zum Vorjahr die Elektro- und Elektronikindustrie. Eine positive

Entwicklung der Auftragseingänge zeigten 2016 auch die Branchen Fahrzeug-, Bau- und Metalltechnische Industrie. Rückgänge wiesen die Bereiche Propak, Textil/Bekleidung/Schuh/Leder sowie NE-Metallindustrie aus. Bei den Branchen Bergwerke/Stahl, Chemie und Papier stagnierten die industriellen Auftragseingänge.

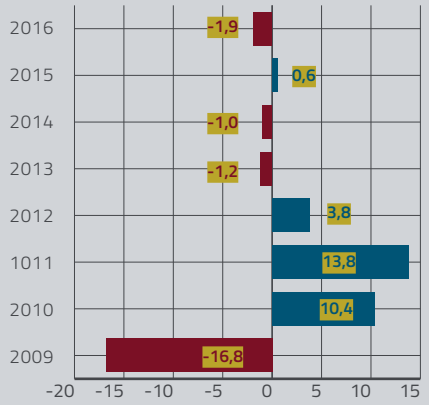
Die Industriebeschäftigten:

Die Anzahl des Eigenpersonals in den österreichischen Industriebetrieben sank im abgelaufenen Jahr 2016 um 0,5 % bzw. um rund 2.000 Personen auf 403.435 Arbeitnehmer.
Die Anzahl der Arbeiter ging im Jahresdurchschnitt 2016 um 1,3 % auf 220.284 zurück, die Zahl der Industrieangestellten erhöhte sich hingegen um 1,1 % auf 169.574 Personen. Die Anzahl der Lehrlinge sank um 4,4 % auf 13.325.
Zählt man zum Eigenpersonal das Fremdpersonal (24.410 Personen im Jahresdurchschnitt 2016) hinzu, so wies der Gesamtbeschäftigtenstand im Jahr 2016 insgesamt 427.845 Arbeitnehmer aus, ein Minus von 0,4 % zum Stand des Vorjahrs.
Im Jänner 2017 erhöhte sich der Stand des Eigenpersonals in der Industrie leicht um 0,2 %.

Österreichs Warenausfuhren im Gesamtjahr 2016

Nach den vorläufigen Ergebnissen der Statistik Austria reduzierten sich die österreichischen Ausfuhren von Waren im Gesamtjahr 2016 um 0,2 % auf insgesamt 131,2 Mrd. Euro. Die Einfuhren wuchsen im selben Zeitraum um 1,5 % auf 135,6 Mrd. Euro.
Während sich die Ausfuhren Österreichs in den ersten beiden Quartalen 2016 positiv entwickelten, verzeichneten sie im dritten bzw. vierten Quartal mit - 2,5 bzw. - 1,8 % Rückgänge gegenüber dem entsprechenden Quartal des Vorjahres.
Die Versendungen Österreichs in die restlichen 27 Mitgliedsländer der Europäischen Union erhöhten sich 2016 um 278 Mio. Euro bzw. um 0,3 % auf insgesamt 91,1 Mrd. Euro (= 69,4 % der Gesamtausfuhren).
Je knapp über 9 % der heimischen Warenexporte

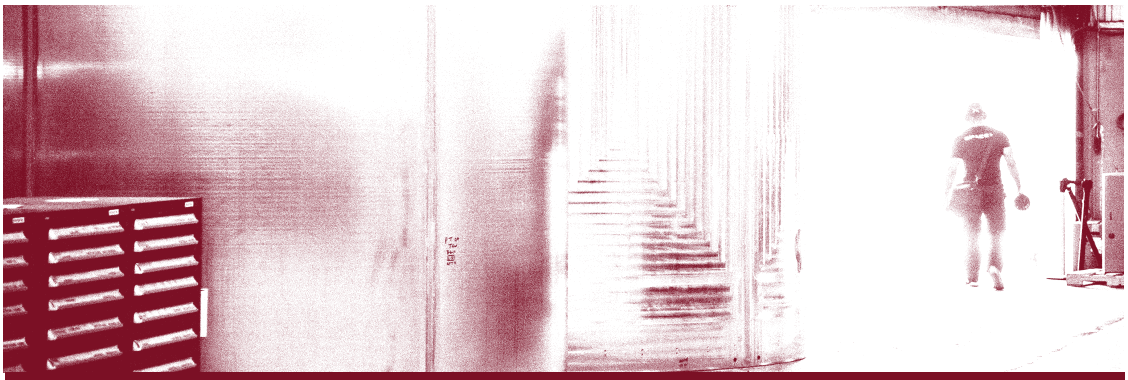
Österreichs Industrie
Abgesetzte Produktion, Nominelle Veränd. z. Vorjahr in %



Quelle: Statistik Austria, Konjunkturstatistik im Produzierenden Bereich, Sonderauswertung nach Kammersystematik

gingen nach Asien sowie nach Amerika, 6 % in die EFTA, 4 % in das übrige Europa sowie je 1 % nach Afrika bzw. nach Australien und Ozeanien.
Die Exporte in die EFTA stiegen um 0,4 % auf 8,1 Mrd. Euro an, jene ins Übrige Europa gingen hingegen um 1,3 % bzw. um 66 Mio. Euro auf 5,03 Mrd. Euro zurück (- 4,8 % nach Russland sowie - 5,7 % in die Türkei).
Die Warenexporte Österreichs nach Asien verringerten sich im Gesamtjahr 2016 um 3,2 % bzw. um 402 Mio. Euro auf 12,1 Mrd. Euro sowie nach Nordamerika um 4,0 % bzw. um 405 Mio. Euro auf 9,7 Mrd. Euro. Nach Mittel- und Südamerika vergrößerten sich die österreichischen Ausfuhren um 4,2 % auf 2,4 Mrd. Euro (+ 96 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr).
Die mit großem Abstand bedeutendste Produktgruppe der heimischen Exporte war 2016 „Maschinen und Apparate" der KN-Bezeichnung 84. Sie nahmen mit einem Wert von 24,0 Mrd. Euro 18 % der Gesamtexporte ein. Ihr Exportvolumen verringerte sich gegenüber dem Vorjahr leicht um 1,1 %. Dahinter folgten mit KN 85 die „Elektrischen Maschinen und Apparate" (Anteil von 10 %; - 2,6 % gegenüber 2015) sowie „Kraftfahrzeuge" (KN 87; Anteil von 9 % an den Gesamtexporten; + 3,3 % gegenüber dem Vorjahr).
Im Zeitraum Jänner bis Februar 2017 erhöhten sich die heimischen Ausfuhren nach vorläufigen Ergebnissen der Statistik Austria weltweit um 9,9 %.

Branchenübersicht
Optimimus hält Einzug



Übersicht der einzelnen Branchen in Ihrer Entwicklung

	Abgesetzte Produktion		Beschäftigte		Auftrags-lage
IV Quartal 2016	4.Q16/4.Q15 in Prozent	Einschätzung 1.Q17/1.Q16	4.Q16/4.Q15 in Prozent	Einschätzung 1.Q17/1.Q16	Einschätzung 1.Q17/1.Q16
Bergwerke und Stahl	3,9	⇧	0,3	⇔	⇧
Stein- und keramische Industrie	-2,6	⇔	-1,2	⇔	⇔
Glasindustrie	3,7	⇔	-2,2	⇔	⇔
Chemische Industrie	2,3	⇧	1,4	⇔	⇧
Papierindustrie	0,3	⇔	0,8	⇔	⇔
PROPAK - Ind. Herst. von Produkten aus Papier und Karton	-1,8	⇔	-2,5	⇔	⇔
Bauindustrie	5,5	⇔	2,7	⇔	⇧
Holzindustrie	0,8	⇧	-1,7	⇧	⇔
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	-4,2	⇔	-3,3	⇔	⇔
Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie	-7,1	⇔	-5,2	⇔	⇔
NE-Metallindustrie	7,0	⇧	0,0	⇔	⇧
Metalltechnische Industrie	0,4	⇧	0,0	⇧	⇧
Fahrzeugindustrie	-7,9	⇔	1,9	⇧	⇧
Elektro- und Elektronikindustrie	9,5	⇔	-0,6	⇔	⇔
Industrie gesamt	3,5	⇧	-0,3	⇔	⇔

Quelle: Statistik Austria, Konjunkturstatistiken, Sonderauswertung nach Fachverbänden

Gesamtindustrie

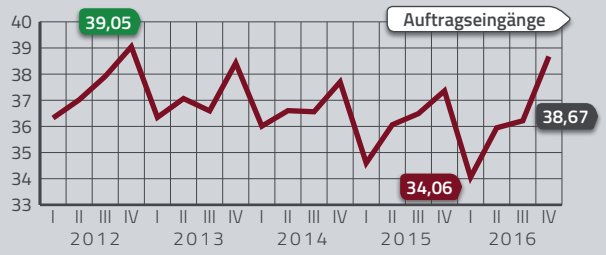
Die von der Bundessparte Industrie regelmäßig durchgeführte Konjunktureinschätzung bei den Industriefachverbänden betreffend die Merkmale „Produktion", „Auftragseingänge" sowie „Beschäftigte" zeigt für das Startquartal 2017 eine überwiegend optimistische Einschätzung der Industriekonjunktur.

Bei der Produktion ergibt der Saldo der erfassten 14 Fachverbandseinschätzungen „steigend" minus „fallend" „+5", wobei rund zwei Drittel eine gleichbleibende Entwicklung voraussagen. Die fünf eine steigende Produktionsentwicklung erwartenden Fachverbände waren Metalltechnische Industrie, Chemie, NE-Metall, Bergwerke & Stahl sowie Holz.

Die Einschätzung der Auftragseingänge im 1. Quartal 2017 fällt bei 6 Branchen positiv sowie bei 8 Branchen gleichbleibend aus. Keine Branche erwartet rückgängige Auftragseingänge. Der Saldo beträgt „+6".

Bei den Beschäftigten zeigt der Saldo „+3", wobei die Branchen Metalltechnische Industrie, Fahrzeugindustrie und Holzindustrie ein Ansteigen der Beschäftigten erwarten.

Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000

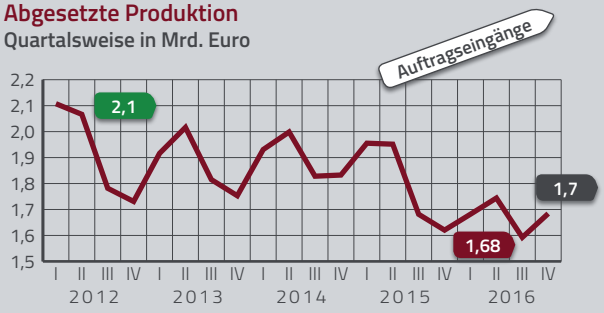
Bergwerke und Stahl

Die Konjunkturerholung der Weltwirtschaft im Jahr 2016 setzte sich im 1. Quartal 2017 weiter fort. Durch die heterogene Struktur im österreichischen Bergbau kam es aber zu unterschiedlichen Entwicklungen: Der Eisenerz- und Magnesitbergbau waren stabil bis leicht steigend. Der Salzbergbau war witterungsbedingt stabil bis leicht positiv. Auch Talk und Leukophyllit und der Kaolinbergbau verzeichneten eine steigende Nachfrage. Der Wolframbergbau kämpft auf Grund von Überkapazitäten auf einem stagnierenden europäischen Markt mit einem daraus resultierenden Preisdruck.

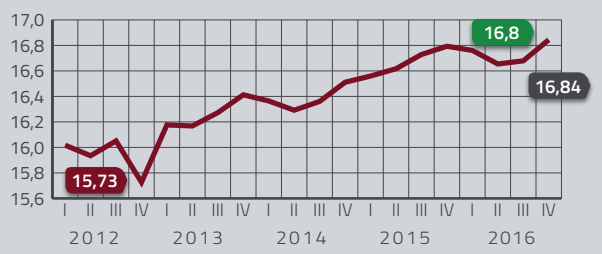
Stahl: Die Entwicklung der österreichischen Stahlindustrie fiel im 1. Quartal 2017 positiv aus. Die Rohstahlproduktion konnte um rund 6 % gesteigert werden. Die Erzeugung von Lang- und Flachprodukten lag um 2 % über dem Vorjahresquartal. Auch der Auftragseingang weist steigende Tendenzen aus und die Marktpreise ziehen wieder an. Die wichtigsten Abnehmergruppen sind die Automobilindustrie, die Schienenerzeugung, der allgemeine Maschinenbau und der Energiesektor. Auch der Edelstahlsektor weist einen deutlichen Aufwärtstrend auf.

Der Beschäftigtenstand in den Bereichen Stahl & Bergbau konnten gehalten werden.

Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000

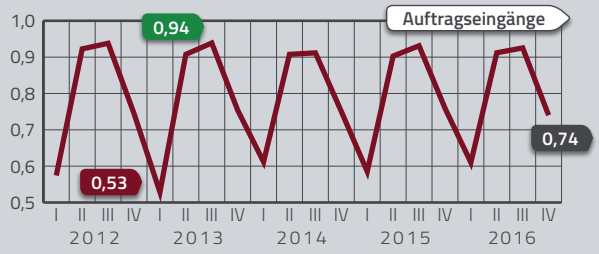


Stein- und keramische Industrie

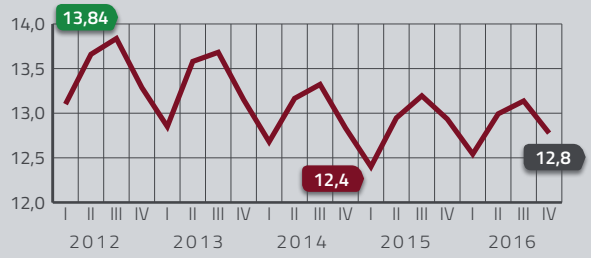
Im Bereich Stein und Keramik ist die Auslastung leicht besser als im 1. Quartal des Vorjahres. In den hochbauaffinen Branchen weist die Auftragslage aufgrund des steigenden Wohnbaus in den Ballungsräumen und im Einfamilienhausbau einen stabilen bis leicht steigenden Trend auf. Im Bereich Sanierung sowie mit lokalen Unterschieden im Infrastrukturbereich liegt die Auftragslage unter den Erwartungen. Der Trend in den exportorientierten Branchen stellt sich laut Konjunkturerhebung 2016 wie folgt dar: Während die Schleifmittelindustrie ein leichtes Plus von 2,5 Prozent verzeichnete und Feuerfest etwa Vorjahresniveau erreichte, musste die Feinkeramische Industrie einen Rückgang von fast sechs Prozent verbuchen.

Der Preisdruck ist wie bisher in allen Bereichen hoch. Gleichzeitig belasten die Verschärfungen in den Bereichen Umwelt- und Klimapolitik durch realitätsferne Vorgaben die Kostensituation und damit auch die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Stein-Keramik-Branche. Dazu kommt, dass die österreichische Industrie als Vorreiter in punkto Umweltstandards kaum noch Effizienzpotentiale nützen kann. Die Beschäftigtensituation ist -1,7 Prozent im Jahr 2016 leicht rückläufig.

Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



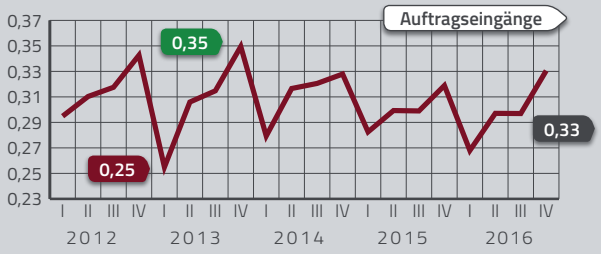
Glasindustrie

In der Glasbe- und –verarbeitung hat sich die Stimmungslage aufgehellt und man sieht eine Trendwende nach einer jahrelangen Durststrecke. Vor allem am heimischen Fenstermarkt ist der Umsatz 2016 gewachsen und die Auftragslage entwickelt sich auch im 1. Quartal zufriedenstellend. Die Produktionskapazitäten sind trotz Hauptsaison dennoch nicht voll ausgelastet und die Fertigung von Fassadenbauelementen liegt hinter den Erwartungen. Die Hoffnungen der Branche liegen im Neubau. Die Importmengen von Fenstern und Fassaden aus dem Osten dämpfen den Optimismus der inländischen Hersteller.

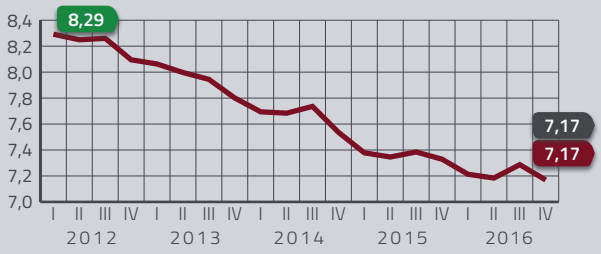
Im Bereich Wirtschaftsglas ist die Stimmung überwiegend gut. Die Auftragsbücher sind gut gefüllt und die Branche profitiert von wachsenden Absatzmengen auf den Exportmärkten USA und Fernost. Etwas zurückhaltender, aber dennoch positiv entwickelt sich die Produktion im Schmuckbereich. Die Exporte ziehen an, aber die negative Preisentwicklung bleibt ein Unsicherheitsfaktor.

Der Bereich Glasverpackungen verzeichnete ein stabiles Geschäftsjahr 2016, aber einen leichten Rückgang bei den Absatzmengen. Insgesamt zeichnet sich ein positiver Trend ab und die Branche kann wieder leichte Zuwächse verbuchen.

Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000

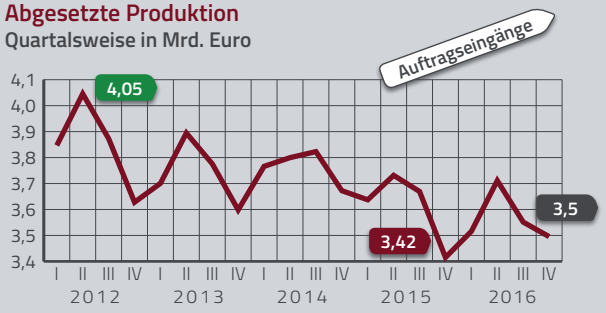


Chemische Industrie

Österreichs chemische Industrie hatte 2016 ein sehr abwechslungsreiches Jahr. Trotzdem konnte ein Umsatz von 14,8 Milliarden Euro erwirtschaftet werden. Im Vergleich zum Vorjahr ist das ein leichter Rückgang um 0,6 Prozent. Die Chemie bewegte sich damit das fünfte Jahr in Folge seitwärts. Die einzelnen Zweige entwickelten sich ausgesprochen heterogen. Vor allem bei Chemikalien gingen die Umsätze deutlich zurück. Schlecht verkauften sich auch Kunststoffe, Agrochemikalien und Pharmazeutika. Gut war die Nachfrage nach Chemiefasern und Lacken. Wasch- und Reinigungsmittel legten nur geringfügig zu, Industriegase verloren etwas an Umsatz. Kautschuk- und Kunststoffwaren bewegten sich auf dem Niveau von 2015. Nun scheint die konjunkturelle Talsohle durchschritten zu sein. Das erste Quartal 2017 hat im Vergleich zum Vorjahresquartal gut begonnen. Die Investitionsneigung ist im Jahr 2016 wieder gestiegen und wird sich 2017 weiter fortsetzen. Die Stimmung in der Branche ist klar besser als in den vergangenen Jahren.

Trotz der geringen Dynamik der Konjunktur ist die Zahl der Arbeitsplätze in der Chemie geringfügig gestiegen. Die Branche beschäftigt zirka 44.100 Mitarbeiter. Das sind 1,4 % mehr als im Vorjahr.

Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



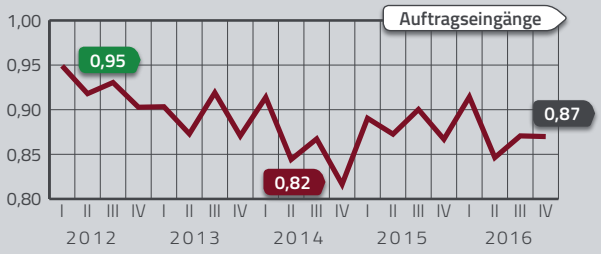
Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000

Papierindustrie

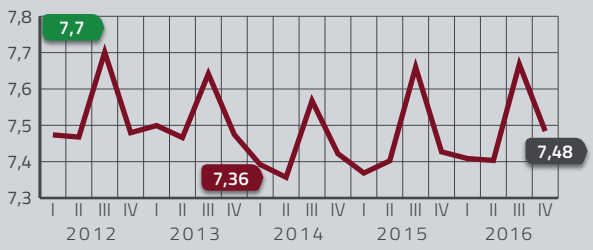
Seit einem Höhepunkt 2007 stagniert die Herstellung von Papier in Österreich. 2016 legte die Produktion in allen drei Sektoren (Grafisch, Verpackung, Spezial) leicht zu. Das erste Quartal 2017 hingegen war etwas schwächer. Beim Zellstoff gab es 2016 ein deutliches Wachstum (+16,8%). Doch 2017 ging die Produktion zurück.

Die Erlöse bei Papier sind zurzeit gleichbleibend. Aufgrund des Mengen-Plus bei Zellstoff legte der Umsatz der gesamten Branche 2016 um 2,5 Prozent zu. Auch das Preisniveau bei Holz war zum Jahreswechsel weitgehend stabil. Altpapier verteuerte sich um zehn Euro auf 130 Euro. Der Zellstoffpreis der Referenz-Sorte NBSK lag 2014 bei 925 US-Dollar und fiel bis 2016 auf 795, Anfang 2017 stieg er wieder auf 830. Durch zusätzliche Lehrlinge sank die Beschäftigtenzahl 2016 nicht, doch notwendige Effizienzsteigerungen an vielen Standorten und die Schließung der PM 3 (für Magazinpapier) in Steyrermühl werden 2017 zu einem weiteren Rückgang auf rund 7.900 Mitarbeiter führen. Zurzeit laufen mehrere große Projekte in Österreich. Mayr-Melnhof baut ein neues Kraftwerk in Frohnleiten, Lenzing erweitert seine Zellstoff-Kapazität und Heinzel investiert 100 Millionen Euro in einen Sortenwechsel auf der PM 10 in Laakirchen.

Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



PROPAK – Industrielle Hersteller von Produkten aus Papier und Karton

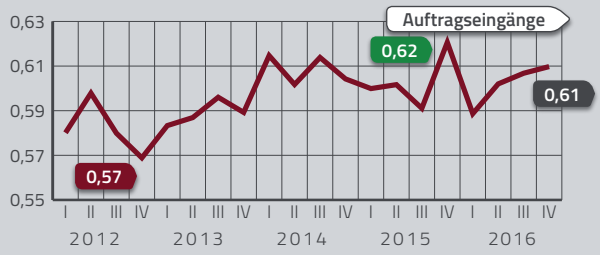
Die aktuelle Lage ist unverändert volatil. Im Bereich Verpackungen ist ein Steigen zu verzeichnen, die sonstigen Papierwaren sind rückläufig. Insgesamt ist aber ein positiver Trend im ersten Quartal 2017 zu verzeichnen. Die Exporte sind generell Träger der Branchenkonjunktur und die Nachfrage zieht an, wobei sich auch hier zeigt, dass sich der Bereich Verpackungen besser entwickelt als die sonstigen Papierwaren. Die deutlichen Kostensteigerungen der letzten Jahre verschärfen weiter den Wettbewerbsdruck. Besonders die Kostensteigerungen beim Rohmaterial und die steigenden Personalkosten schlagen negativ zu Buche.

Wichtige Themen für die Zukunft sind die Arbeitszeitflexibilisierung und die Digitalisierung als große Herausforderung.

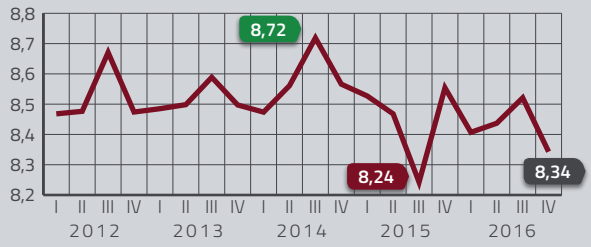
Die Investitionsquote liegt mit knapp elf Prozent deutlich höher als zuletzt. Dabei fließen zwei Drittel des Geldes in die Ausrüstung.

Die Beschäftigungsquote ist sehr heterogen, aber insgesamt im Sinken begriffen. Auch wird die Personalsuche zunehmend schwieriger.

Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000

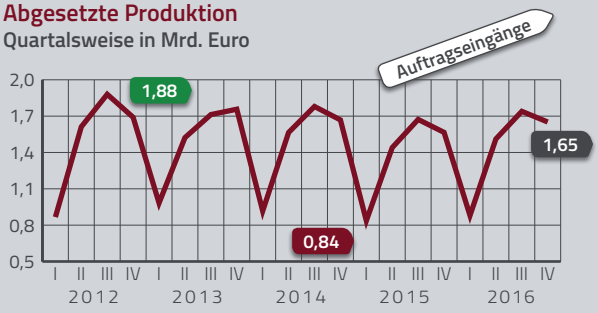


Bauindustrie

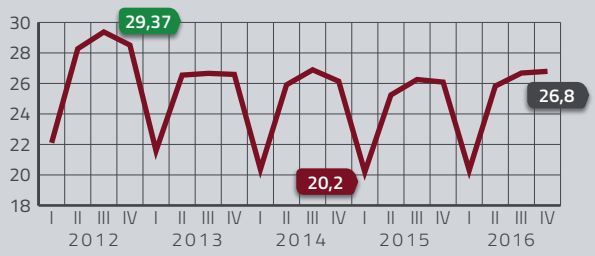
Die aktuellen Konjunktureinschätzungen (WIFO) der Bauunternehmen weisen sowohl im Hochbau als auch im Tiefbau weiterhin auf eine positive Grundstimmung in der österreichischen Bauwirtschaft hin. Mangelnde Auftragsbestände (10 %) und die Witterung (8 %) bleiben wenig relevante Produktionshindernisse. Auch die gesicherte Produktionsdauer konnte gegenüber Jänner nochmals leicht zulegen. Prognosen der Bank Austria gehen davon aus, dass wesentliche Wachstumsimpulse vom Wohnbau und etwas eingeschränkt vom Wirtschaftsbau ausgehen werden. Zusätzliche Investitionen im Straßen- und Bahnbau beleben auch den Tiefbau. Insgesamt gehen die Wirtschaftsforscher für 2017 von einem Realwachstum von etwa 2 % aus. Zudem geht die Mehrheit der Bauunternehmen von steigenden Preisen aus.

Die Beschaffungskosten für die wesentlichen preisrelevanten Baustoffe haben zu Jahresbeginn wieder spürbar angezogen. Bei Baustahl und Bitumen setzt sich der, bereits Ende des Vorjahres beginnende, Preisanstieg weiter fort. Entsprechend der verbesserten konjunkturellen Aussichten steigt auch das Beschäftigtenniveau wieder an. Laut WIFO Konjunktureinschätzungen ist der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften weiterhin das am häufigsten genannte Produktionshindernis.

Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000

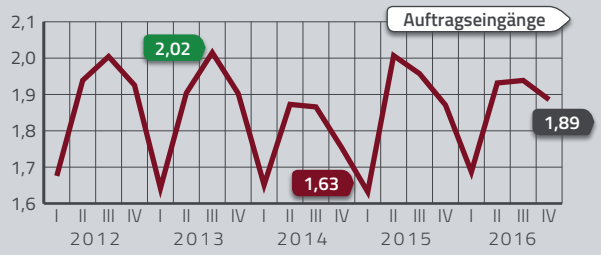


Holzindustrie

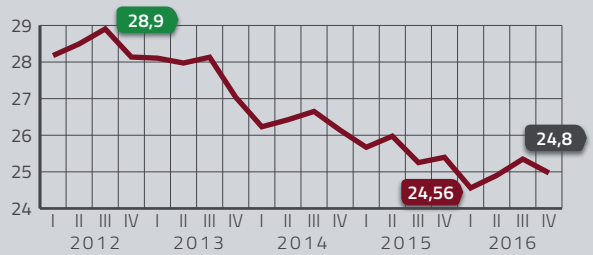
Die Auftragslage ist in den meisten Branchen der Holzindustrie zufriedenstellend mit leicht steigender Tendenz. Entsprechend der leicht steigenden Auftragslage ist auch die Produktion leicht gestiegen. Sowohl Inlandsmarktentwicklung als auch die Exporte weisen im ersten Quartal 2017 Steigerungen auf. Obwohl leichte Steigerungen der Preise durchgesetzt werden konnten, ist die Kostensituation weiterhin angespannt. Sowohl neue als auch Erweiterungsinvestitionen konnten nach einer langen Phase der Stagnation auf Grund der verbesserten Rahmenbedingungen umgesetzt werden. Strategisch liegt das Hauptaugenmerk aber weiterhin auf der Rohstoffsicherung und auf dem Ausbau der Wertschöpfungstiefe.

Die Beschäftigtenzahlen in der Holzindustrie nehmen aber seit einigen Jahren beständig ab. Dieser Abwärtstrend hat sich aber im ersten Quartal 2017 gedreht.

Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



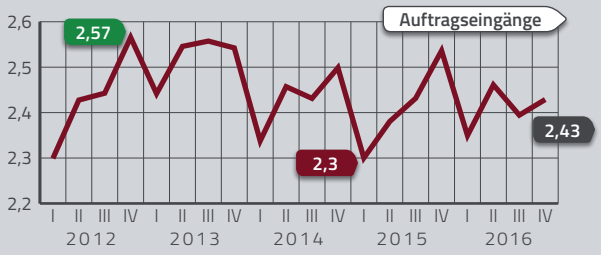
Lebensmittelindustrie

Trotz schwieriger Rahmenbedingungen konnte die heimische Lebensmittelindustrie im Jahr 2016 bei ihrem Produktionsvolumen mit 8,1 Milliarden Euro gegenüber 2015 konstant bleiben.

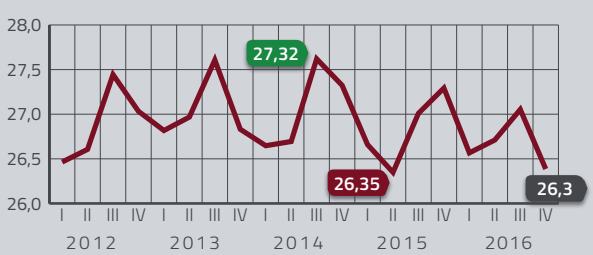
Doch der Lebensmittelmarkt bleibt nach wie vor heiß umkämpft. Wettbewerb findet auf allen Ebenen entlang der Wertschöpfungskette statt. Besonders die volatilen Rohstoffpreise sind auch künftig eine große Herausforderung für die Lebensmittelbranche.

Die Exporte von Erzeugnissen der Lebensmittelindustrie (Zollkapitel 16 bis 24) konnten im Jahr 2016 wieder um rund 3,6 Prozent zulegen und überschritten damit erstmals die Sechs-Milliarden-Euro-Grenze. Hauptverantwortlich für diese Entwicklung im Lebensmittelexport sind vor allem die Exportmärkte außerhalb der Europäischen Union, die im Jahr 2016 um 4,9 Prozent zulegen konnten und ein Exportvolumen von 1.894 Mio. Euro erreichten. Die Exportmärkte außerhalb Europas konnten im Jahr 2016 sogar um 7,6 Prozent wachsen und erreichten ein Exportvolumen von 1.360 Millionen Euro. Der wichtigste Drittlandsmarkt für die Exporteure von Erzeugnissen der Lebensmittelindustrie bleiben die USA mit einem Exportvolumen von 740 Millionen Euro.

Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000

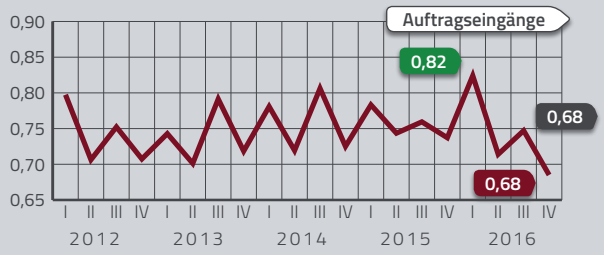


Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie

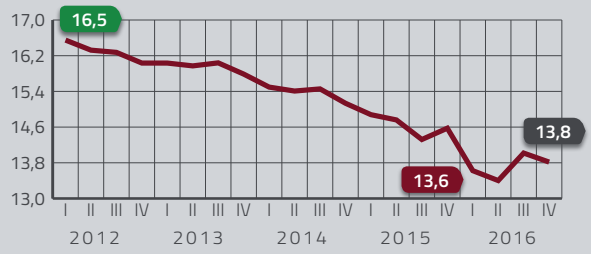
Bekleidungsindustrie: Die Auftragseingänge für die kommende Herbst-/ Wintersaison zeigen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ein Aufwärtstrend im Euroraum. Mehrheitlich rechnen die Unternehmen aufgrund der steigenden Kosten mit einer schlechteren Ertragslage als im Jahr davor. Der Beschäftigtenstand sollte im Inland gleichbleiben. Ledererzeugende Industrie: Die Auftragslage sowie die Produktion zeigen vor allem im Export steigende Tendenz. Die Preisentwicklung ist durch den starken Wettbewerb aus Nicht-EU-Ländern rückläufig. Um einen Preisverfall auszugleichen sind Einsparungen notwendig, wobei die Beschäftigtenzahl stabil bleibt. Das Investitionsklima ist positiv. Schuh- und Lederwarenindustrie: Die Auftragslage sowie die Produktion zeigen in der Branche insgesamt steigende Tendenzen und führen zu einem Zuwachs der Beschäftigtenzahlen. Die Kosten am Standort Österreich wachsen aber stärker, als die Preise. Investitionen im Produktionsbereich finden nur im Ausland statt.

Textilindustrie: Die Exporte stiegen im Jahr 2016 auf 2,5 Milliarden Euro, das entspricht einem Plus von 4,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Davon verzeichnete Amerika ein Plus von 6,2, Europa 5,0 und Afrika 4,8 Prozent. Die Textilindustrie kann sich im Großen und Ganzen behaupten.

Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000

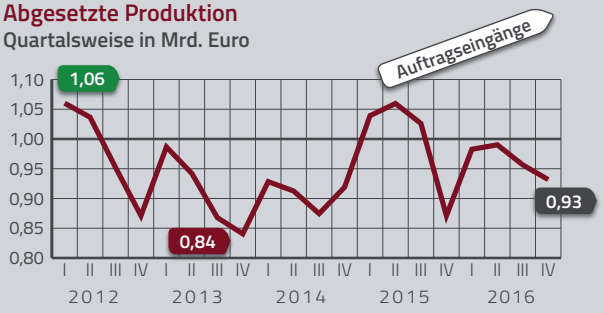


NE-Metallindustrie

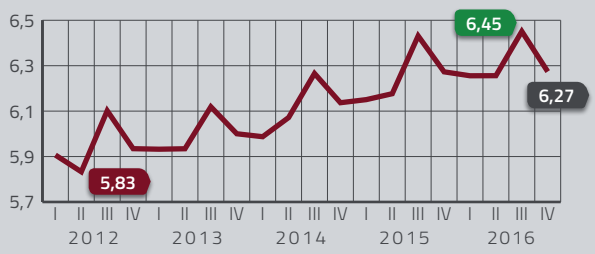
Im 1. Quartal 2017 wirkten sich insbesondere die Exporte, die Bauwirtschaft und die zunehmenden Investitionen vieler Bereiche der Motorindustrie positiv für die heimische NE-Metallindustrie aus. Die Preisentwicklung ist zudem seit dem 4. Quartal 2016 in einem Aufwärtstrend.

Die Nachfrage aus dem Automobil- und Flugzeugbereich gibt der österreichischen Aluminiumindustrie im Bereich der Walzwarenproduktion einen Auftrieb. Auch die Produktion von Aluminiumprofilen liegt über dem Vorjahresquartal und der Auftragseingang zeigt einen Aufwärtstrend. Die Nachfrage kommt vor allem aus der Automobil- sowie der Nutzfahrzeugindustrie, die Nachfrage aus den übrigen Segmenten ist unverändert. Die österreichische Kupferindustrie konnte eine leichte Zunahme bei der Produktion von Kupferformaten aus Kupferkathoden erreichen. Bei Kupferhalbfabrikaten (copper semis) sind sowohl der Auftragseingang als auch die Produktion leicht steigend, insbesondere durch Impulse aus der Bauindustrie. Die Erzeugung von Wolframprodukten entwickelt sich nur mäßig auf Grund von Überkapazitäten auf einem stagnierenden europäischen Markt mit daraus resultierendem Preisdruck. Die Zahl der Beschäftigten ist unverändert. Die Investitionen bewegten sich auf niedrigem Niveau.

Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000

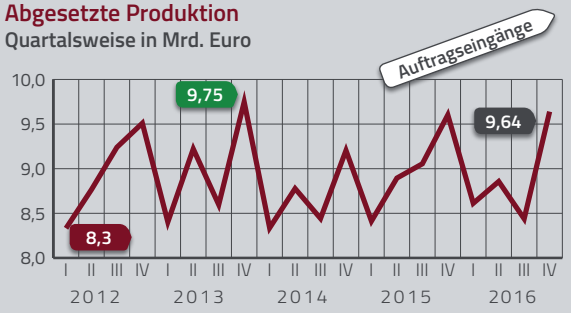


Metalltechnische Industrie

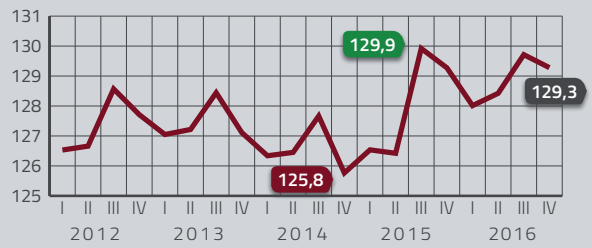
In der Metalltechnischen Industrie hat sich mit dem ersten Quartal 2017 der Wind gedreht – die Branche hat nun deutlichen Rückenwind und diese Entwicklung wird sich weiter fortsetzen. Im WIFO Konjunkturtest bestätigen die Unternehmen, dass die Produktion in den ersten Monaten 2017 zugelegt hat. Gleichzeitig besteht die Erwartung, dass sich dieser Trend in den nächsten Monaten fortsetzen wird.

Die Auftragsbestände sind auf einem überdurchschnittlich hohen Niveau und rechtfertigen erstmals seit mehreren Jahren die positiven Erwartungen. Die steigenden Metallpreise sind Fluch und Segen zugleich: Einerseits verschlechtert das die Kostensituation für die Metallverarbeiter, andererseits wird die Nachfrage aus den metallnahen Branchen befeuert. Manche Exportmärkte bereiten Sorgen. Die Nachfrage aus Märkten wie Ukraine, Türkei, Mexiko (durch die US-Politik) aber auch USA sinkt. Wachstumslokomotive bleibt aber weiterhin Deutschland. Weitere Verwerfungen könnten das aufkommende Wachstum wieder stoppen. Die Kapazitätsauslastung ist im Steigen und es wird weiterhin Beschäftigung aufgebaut.

Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000

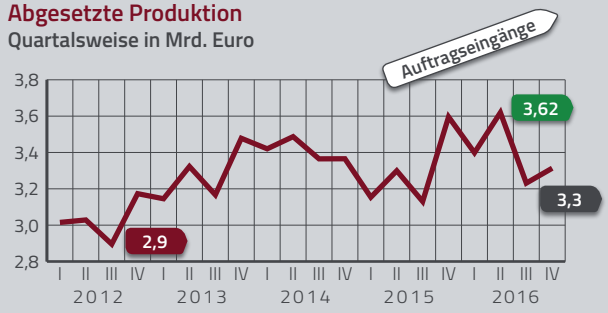


Fahrzeugindustrie

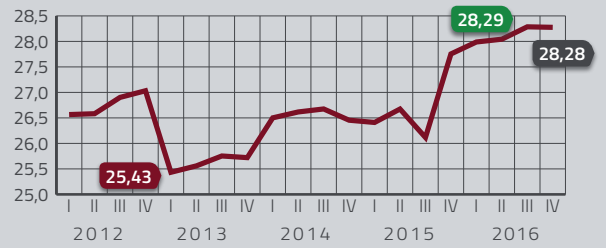
2016 konnten die in der österreichischen Fahrzeugindustrie tätigen Unternehmen ein Produktionsvolumen in Höhe von rund 14 Milliarden Euro erwirtschaften (+0,3 %). Das Jahr 2017 begann laut Konjunkturumfrage und WIFO für viele Unternehmen mit einem leichten Produktionsaufschwung von +3 %. Der Zuwachs beim Auftragsbestand Ende 2016 deutet ebenfalls auf einen Aufwärtstrend hin. Eine wichtige Säule der heimischen Fahrzeugindustrie ist die Motoren und Getriebeproduktion. Der Bereich erwirtschaftet jährlich rund 4 Milliarden Euro und steigt über die Jahre kontinuierlich an. Auch 2017 sollte sich dieser Trend fortsetzen. Durch die Umstellung der Fertigungsanlagen soll auch die Produktion kontinuierlich bis 2018 auf über 200.000 Autos p.a. gesteigert werden. Im Nutzfahrzeugbereich sind zurzeit stabile Produktionszahlen zu erwarten. Bedingt durch die neuen Aufträge im Pkw-Bereich gibt es einen hohen Bedarf an Beschäftigten. Neuaufträge im Pkw Bereich, schaffen in den Jahren 2017 und 2018 in Summe 3.000 neue Arbeitsplätze.

Das Investitionsvolumen wird um +2,0 % steigen. Die wesentlichen Anteile der Investitionen fließen dabei in den Aufbau neuer Produktionslinien im Pkw Bereich, ein neues Prüfzentrum für Dieselmotoren und in E-Mobilitäts-Projekte.

Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



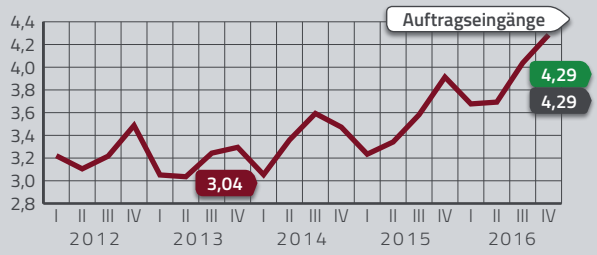
Elektro- und Elektronikindustrie

Die derzeit gute Konjunkturentwicklung der Weltwirtschaft und des EU-Raums bestimmen auch die Konjunkturentwicklung der österreichischen Elektro- und Elektronikindustrie. Aufgrund des starken Zuwachses im Vorjahreszeitraum konnte die Produktion im ersten Quartal 2017 nur geringfügig ausgeweitet werden.

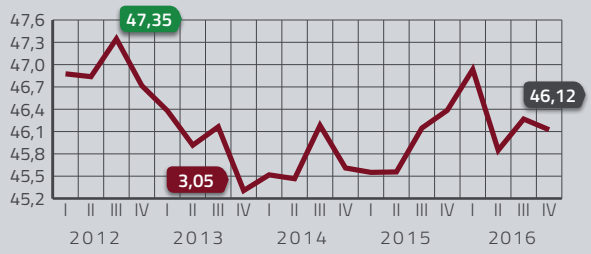
Leicht wachsend war die Entwicklung am Inlandsmarkt. Beim Thema Ausrüstungen hat sich das Investitionsklima im Vergleich zum Vorjahr deutlich gebessert. Die Ausfuhren haben sich insgesamt positiv entwickelt, die hohe Wachstumsdynamik der Exportentwicklung der Vorjahre hat sich jedoch verlangsamt. Die Exportnachfrage ist im ersten Quartal 2017 gegenüber dem Vorjahreszeitraum zwar nur geringfügig gestiegen, doch das Exportvolumen konnte im ersten Quartal 2017 auf einem hohen Niveau gehalten werden.Die Kapazitätsauslastung in den Firmen ist hoch und das eingesetzte Fremdpersonal war im ersten Quartal 2017 fast ebenso hoch wie im Vorjahreszeitraum. Auch die Anzahl der Beschäftigten ist gegenüber dem Vorjahreszeitraum leicht gewachsen.

Angesichts der guten Konjunkturentwicklung und Auftragslage mit einem Anhalten der guten wirtschaftlichen Entwicklung zu rechnen.

Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber: Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4, Tel.: 513 44 11, E-Mail: office@iwi.ac.at, ZVR-Zahl: 247058831
Unternehmensgegenstand: Wirtschaftsforschungsinstitut
Vorstand: Vorsitzender: Hon.Prof. Dr. Wilfried Stadler;
Stellvertreter: Gen.Sekr. Mag. Anna Maria Hochhauser, Gen.Sekr. Mag. Christoph Neumayer;
Mitglieder: Mag. Markus Beyrer, Dr. Wolfgang Damianisch, Mag. Christian Domany, Dr. Erhard Fürst, DI Dr. Manfred Matzinger-Leopold, FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider
Geschäftsführer: FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider
Blattlinie: Fachzeitschrift für Entscheidungsträger in der Wirtschaft

Impressum
Herausgeber: Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4, Tel.: 513 44 11, E-Mail: office@iwi.ac.at
Wirtschaftskammer Österreich Bundessparte Industrie, A-1045 Wien, Wiedner Hauptstraße 63, Tel.: +43 (0)5 90 900 3417, E-Mail bsi@wko.at
Medieninhaber: Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4
Redaktion: Stephan Scoppetta (Chefredakteur), Herta Scheidinger (Chefin vom Dienst), www.feuereifer.at
Design, Satz und Layout: Christian Huttar, www.floorfour.at
Autoren: Ing. Mag. Peter Koren, Thomas Salzer, Helene Tuma, Veronika Adelhofer, BA, Dr. Dominik E. Froehlich, Mag. Sigi Menz, Mag. Andreas Mörk, FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider
Mit Namen gezeichnete Artikel geben die persönliche Meinung des Autors wieder.
Auskunft und Bestellung: Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4, Tel.: 513 44 11, E-Mail: office@iwi.ac.at
Druck: AV+Astoria Druckzentrum GmbH, A-1030 Wien
Erscheinung: vierteljährlich
ISSN: 1023-8387